

# Berichte

2011

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

3

Deutsches Institut für Urbanistik

	<b>Standpunkt</b>		<b>Veranstaltungen und Fortbildung</b>
2	Rekommunalisierung als Trend und Chance für Kommunen?	15	Ansprechpartnertreffen 2011
	<b>Difu-Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen</b>	16	Difu-Fortbildungsprogramm 2012
4	Konnexitätsprinzip: Wer zahlt die Zeche?	18	41. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung
5	Nachhaltige Mobilität	19	Urbane Landwirtschaft
6	Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen durch E-Government	20	Zwischen Rekommunalisierung und Privatisierung
7	Daten zum Mobilitätsverhalten	21	Korruptionsprävention im Rathaus
8	Klima- und Denkmalschutz	22	Handlungsspielräume der Aufgabenträger im ÖPNV
9	Zu Fuß die Nähe wiederentdecken – Das EU-Projekt Active Access	23	Erfolgreiche Bestandsentwicklung
10	Städtebauförderung in der Doppik	24	Erfolgreiche Erziehung schafft Ordnung in Köpfen und Herzen
11	In eigener Sache: Das Difu aus Sicht der Städte	25	Das stadttechnische Versorgungskonzept von morgen
	<b>Neue Projekte</b>	26	Der öffentliche Wassersektor in Deutschland
13	Difu untersucht Auswirkungen des BBI-Flughafens auf Kommunen	27	<b>Neue Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet</b>
13	Naturschutzrechtlicher Ausgleich bei Konversionsvorhaben	27	<b>Das Difu in Facebook</b>
14	Erreichbarkeit und nachhaltige Mobilität	28	<b>Difu aktiv</b>
14	<b>Was ist eigentlich Rekommunalisierung?</b>	29	<b>Difu-intern: Abschied</b>
		30	<b>Mediennachlese</b>
		31	<b>Impressum</b>
		32	<b>Bestellschein</b>

# Rekommunalisierung als Trend und Chance für Kommunen?



Dipl.-Sozial-Ökonom/Dipl.-Volkswirt  
Jens Libbe

## Pragmatische und nicht dogmatische Gründe sprechen für das Erstarken der kommunalen Wirtschaft

Das Thema Rekommunalisierung steht gegenwärtig ganz oben auf der kommunalen Agenda. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht eine Stadt prüft, ob der Wiedereinstieg in das operative Geschäft der Ver- und Entsorgung lohnt. Insbesondere die Energieversorgung bzw. die Gründung oder der Rückkauf von Stadtwerken stehen im Fokus der Debatte. Die Auseinandersetzung mit dem Thema ist zugleich Spiegelbild der grundsätzlichen Frage, inwieweit es in einer marktwirtschaftlich verfassten Wirtschaftsordnung einen Bedarf an öffentlicher Leistungserbringung im Sinne der Daseinsvorsorge gibt.

Ebenso wie „Privatisierung“ ist auch „Rekommunalisierung“ ein schillernder Begriff, der einer genaueren Differenzierung bedarf. Gemeint ist damit ein der Privatisierung entgegengesetzter, „fließender“ Trend weg von materieller Privatisierung hin zur Eigenwahrnehmung durch öffentlich-rechtliche Einrichtungen. Folgende „rekommunalisierende“ Vorgehensweisen lassen sich unterscheiden:

- Wiederaufgreifen von Aufgaben durch einen Verwaltungsträger (als Konkurrent oder Monopolist),
- Neugründung von Eigengesellschaften zum Aufgreifen von Aufgaben (als Konkurrent oder Monopolist),
- Rückübertragung operativer Dienstleistungen auf Regie- oder Eigenbetriebe als Teil der Verwaltung,
- Überführung von Kapitalgesellschaften in öffentlich-rechtliche Organisationsformen,
- Erhöhung des Gesellschaftsanteils an gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen.

Nicht alle denkbaren Formen sind dabei auch gleichermaßen von praktischer Relevanz. So dürfte die Überführung von Kapitalgesellschaften in öffentlich-rechtliche Organisationsformen eher ein theoretisches Modell sein.

Darüber hinaus hat auch die Debatte um das „Halten“ von Leistungen der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand an Bedeutung gewonnen – etwa im Bereich der kommunalen Wohnungswirtschaft oder bei kommunalen Krankenhäusern. In nicht wenigen Fällen

wurden die Erwartungen, die ursprünglich an die Entscheidung pro Privatisierung geknüpft wurden, nicht erfüllt. Zurückzuführen ist dies zum einen auf die häufig unzureichende Abwägung von Privatisierungsentscheidungen seitens der Politik, zum anderen auf Enttäuschungen hinsichtlich der Entwicklung von Qualität und Preisen. In vielen Gemeinden und Landkreisen hat sich die Kommunalwirtschaft durch eine Neuausrichtung der unternehmerischen Strategien aber auch neu aufgestellt. Sie erschließt – zum Beispiel durch eine vermehrte regionale Kooperation in Form von Gemeinschaftsunternehmen – vorhandene Wirtschaftlichkeitspotenziale und schafft damit auch die Voraussetzung für (Re-)Kommunalisierungsmaßnahmen. In Regionen mit einer ohnehin schwachen Wirtschaftsstruktur werden öffentliche Unternehmen wieder vermehrt als ein Instrument angesehen, mit dem sich der regionale Arbeitsmarkt und die lokale Wirtschaft durch Vermeidung von Lohndumping stärken lassen. Andernorts wird der Wille, politischen Einfluss auf die Qualität und Sicherung der Leistungserstellung zurückzugewinnen, ausdrücklich betont. Auch Ökologie- und Ressourcenargumente werden angeführt, etwa der Wunsch, atom- und kohlekräftfreien Strom zu handeln und zu produzieren oder perspektivisch getrennte Infrastrukturbereiche stärker zu integrieren. Vor allem aber geht es darum, die strategische Position der Kommunalwirtschaft gerade dort zu stärken, wo die Liberalisierung des Marktes weit vorangeschritten ist.

Ein weiterer Treiber der Rekommunalisierung ist das Wettbewerbsrecht, insbesondere das Vergabe- und Beihilferecht, mit der dazu ergangenen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. Hinzu tritt, dass die Bedingungen für einen Ausschreibungswettbewerb voraussetzungsvoll und nicht in allen Sektoren gegeben sind, so dass allein aufgrund des Fehlens eines Marktes die Eigenerstellung angebracht ist. Und selbst wenn Ausschreibungen es erleichtern, den kostengünstigsten Anbieter zu finden, so ist dieser nicht zwangsläufig derjenige, der die Leistung in der bestmöglichen Qualität anbietet. Außerdem erfordert ein Ausschreibungswettbewerb ein effizientes Ausschreibungsmanagement, was gerade kleinere Kommunen vor Probleme stellt. Tendenziell verstärkt die Komplexität

des Vergaberechts zudem die ohnehin bestehenden Informations- und Kompetenzasymmetrien zwischen Rat und Verwaltung. Kommunen werden stärker von externer Beratung abhängig und die lokale Demokratie geschwächt.

### Sektorale Unterschiede

Verfolgt man den öffentlichen Diskurs um die Rekommunalisierung, so drängt sich der Eindruck auf, die kommunalwirtschaftliche Betätigung sei grundsätzlich auf dem Vormarsch. Dabei wird zumeist von prominenten Einzelbeispielen auf einen generellen Trend geschlossen.

Der Blick über die verschiedenen Sektoren verdeutlicht, dass die öffentliche Leistungserbringung und damit die Option der Rekommunalisierung in den vergangenen Jahren zwar wieder größere Wertschätzung erfahren haben, dabei jedoch nach Sektoren zu unterscheiden ist. Dass insbesondere in der Energieversorgung die eigene Leistungserbringung wieder vermehrt im Fokus der Kommunen steht, hat auch damit zu tun, dass gerade in diesem Bereich seit 1998 in erheblichem Umfang materiell privatisiert wurde. Die vielerorts auslaufenden Konzessionsverträge eröffnen ein „Fenster der Möglichkeiten“, das von verantwortungsvoll handelnden Kommunen zur Suche nach der sachlich begründet besten Lösung genutzt wird.

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ebenso wie städtischer Nahverkehr und Abfallentsorgung hingegen sind Bereiche, die entweder seit jeher in höherem Maße durch kommunale Leistungserbringung gekennzeichnet sind oder in denen die Kooperation mit privaten Dritten eine seit vielen Jahrzehnten geübte Praxis ist. Im Krankenhaussektor wiederum hat ein neues Nachdenken Einzug gehalten. War der Unterhalt eines Krankenhauses lange Zeit ein Zuschussgeschäft, so zeigen die Modernisierungsaktivitäten vieler Häuser inzwischen Erfolge.

### Die Eigentumsfrage sollte nicht allein im Zentrum stehen

Erfolgsfaktoren der Rekommunalisierung sind ihre professionelle Vorbereitung und Umsetzung in Verbindung mit langfristiger Wirtschaftlichkeit. Den Kaufpreis, den Zustand vorhandener Bauten, Finanzierungsmöglichkeiten sowie vorhandene Ressourcen für die Übernahme des Betriebs gilt es sorgfältig zu prüfen. Schaffen es die Kommunen, gemeinsam mit ihren Unternehmen langfristige Planungsziele zu entwickeln und damit Verbindlichkeit für das Handeln aller verantwortlichen Akteure herzustellen, so spricht viel dafür, die Daseinsvorsorge vor Ort (wieder)

in eigener Hand durchzuführen. Die Gemeindegroße muss nicht das vorrangige Entscheidungskriterium sein, vielmehr kann interkommunale Kooperation und die Gründung gemeinsamer Unternehmen vorhandene Spielräume erweitern.

Rekommunalisierung ist insofern vielerorts ein logischer, aus pragmatischem Kalkül heraus erfolgreicher Schritt. Allerdings ist die Eigentumsfrage – zumindest in ihrer simplen Form von „öffentlich versus privat“ – angesichts der vorhandenen vielfältigen Formen der kommunalen Leistungserbringung nur von eingeschränkter Bedeutung. Nicht überall kommt aufgrund der schwierigen Finanzlage der Kommunen die Gründung eines eigenen Unternehmens oder die Rückübertragung operativer Leistungen in Betracht. Viel entscheidender ist, wie diese Dienstleistungen reguliert und damit die öffentlichen Interessen gegenüber eigenen Unternehmen und privaten Partnern gesichert werden. Die Kommunen sollten der Beteiligungssteuerung entsprechende Bedeutung zumessen.

Insbesondere auch im Lichte der EuGH-Rechtsprechung wird es in Zukunft für kommunale Unternehmen darauf ankommen, sich auf ihren öffentlichen Auftrag und ihre enge Anbindung an die Kommune zu besinnen. Dies könnte eine klarere Grenzziehung zwischen Gemeinde als Teil des Staates und den Privaten – und damit auch zwischen Unternehmen in kommunaler und solchen in privater Hand – herbeiführen. Dies wiederum könnte in Zukunft eine klarere rechtliche Bewertung und Differenzierung nach deren jeweiligen Besonderheiten und Eigenarten ermöglichen. Insbesondere könnte das klassische kommunale Unternehmen im Sinne des Gemeindefinanzrechts – anders als das sogenannte Wettbewerbsunternehmen – von der Beachtung der Europäischen Wettbewerbsregeln befreit werden. Zu der beschriebenen Grenzziehung kann die derzeitige Rekommunalisierungsdebatte einen wesentlichen Beitrag leisten.

Rekommunalisierung gilt es auch noch in anderer Hinsicht zu bewerten: Angesichts der energiepolitischen, umweltbezogenen und demografischen Herausforderungen stehen Städte und Gemeinden vor einem tiefgreifenden Umbau der kommunalen Infrastrukturen, was den Ausbau dezentraler und regenerativer Versorgungssysteme angeht. Dieser Umbau kann sinnvoll nur in enger Abstimmung von Stadtentwicklung und Infrastrukturplanung strukturiert werden. Er lässt sich mit eigenen Unternehmen einfacher bewerkstelligen als mit privatwirtschaftlichen Versorgern.

### Tipps zum Weiterlesen:

- Rekommunalisierung – Eine Bestandsaufnahme  
Dipl.-Sozialökonom/  
Dipl.-Volkswirt Jens Libbe,  
Ass.iur. Stefanie Hanke LL.M.,  
Dipl.-Ing. (FH) Maic Verbüchel  
Difu-Papers, 2011, 24 S.
- Verband kommunaler Unternehmen (Hrsg.), Konzessionsverträge. Handlungsoptionen für Stadtwerke. Berlin 2009.
- Vgl. Libbe/Trapp, Gemeinwohl-sicherung als Herausforderung – kommunale Steuerungspotenziale in differenzierten Formen der Aufgabenwahrnehmung. Eine Positionsbestimmung, Berlin 2005:  
<http://www.networks-group.de/veroeffentlichungen/index.phtml>.
- Difu-Paper: Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen am Beispiel der Abfallwirtschaft, 2009: <http://www.difu.de/publikationen/2008/rueckuebertragung-operativer-dienstleistungen-durch.html>



### Weitere Informationen:

Dipl.-Sozialök./Dipl.-Volkswirt  
Jens Libbe  
Telefon: 030/39001-115  
E-Mail: [libbe@difu.de](mailto:libbe@difu.de)

# Wer zahlt die Zeche?

## Das Konnexitätsprinzip richtig angewandt



Entsprechend einer seit langem bestehenden Forderung der kommunalen Spitzenverbände wurde in den letzten Jahren das strikte Konnexitätsprinzip in den Landesverfassungen der Flächenländer verankert. Danach gilt das Prinzip: „Wer bestellt, bezahlt“. Wenn ein Land eine Aufgabe auf die kommunale Ebene überträgt, muss es die mit der Aufgabenübertragung einhergehenden Mehrbelastungen der Kommunen unabhängig von deren Finanzkraft ausgleichen. Das Konnexitätsprinzip schützt die Kommunen damit vor zusätzlichen finanziellen Belastungen, welche Folge der Übertragung neuer oder der Erweiterung bestehender Aufgaben auf die Kommunen sind. Dies ist angesichts der unbremsten Erweiterung des kommunalen Aufgabenbestands durch Länder und Bund ein unverzichtbares Element zum Schutz der kommunalen Haushalte vor Überforderungen. Dabei nutzen die Länder bis zum heutigen Tag auch den Umstand, dass die rechtlichen Anforderungen der Konnexitätsregelung von Land zu Land unterschiedlich interpretiert werden.

Umso wichtiger ist es, auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips zu drängen. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Auslegung der Konnexitätsbestimmungen nach dem Normzweck zum Schutz der Kommunen. Streitfragen zur Auslegung des Konnexitätsprinzips im konkreten Fall werden erst nach und nach durch die Verfassungsgerichte für ihren landesverfassungsrechtlichen Zuständigkeitsbereich geklärt. Ein länderübergreifender Erfahrungsaustausch ist deshalb notwendig. Für das Deutsche Institut für Urbanistik und den Deutschen Städtetag war dies Anlass, einen Beitrag zur Rechtsentwicklung bei der Anwendung des Konnexitätsprinzips zu leisten: Aktuell umstrittene Fragen sollten im Rahmen einer Fachtagung diskutiert und tragfähige Vorgehensweisen zur konkreten Umsetzung des Konnexitätsprinzips vorgeschlagen werden. Die Fachtagung fand am 1. Dezember 2010 statt. Die dort gehaltenen Vorträge wurden dokumentiert und sollen auf diese Weise einer breiteren Fachöffentlichkeit und der Praxis zugänglich gemacht werden.

Im Rahmen der Tagung wurde das Thema durch ausgewiesene Fachexperten sowohl in finanzwissenschaftlicher als auch in rechtlicher Hinsicht beleuchtet und verfassungsrechtliche Argumente genauso diskutiert wie

die praktische Handhabung und deren Auswirkungen. In diesem Sinne konnte die Tagung einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zu mehr Rechtssicherheit leisten und damit letztendlich auch dafür, dass es in Zukunft nicht mehr bei den mit Aufgabenübertragungen verbundenen unkalkulierbaren Belastungen für die Kommunen bleiben wird, auch wenn damit die grundsätzliche Finanznot der Kommunen nicht beseitigt werden kann. In einigen zentralen Punkten hat die wegweisende Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen zur unzureichenden Umsetzung des Konnexitätsprinzips beim nordrhein-westfälischen Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz des Bundes eine Klärung der Rechtslage gebracht. Diese wie auch andere wichtige Gerichtsentscheidungen werden in den nun dokumentierten Beiträgen zur Fachtagung vorgestellt und hinsichtlich ihrer praktischen Relevanz reflektiert.

Zwei bislang zentrale Aspekte des Konnexitätsprinzips bleiben trotz der sich abzeichnenden juristischen Klärungen als Hürden bestehen. Dabei geht es zum einen um die Entwicklung praktikabler Methoden zur Ermittlung des Mehrbelastungsausgleichs. Ob hier die in anderem Zusammenhang diskutierten Standardkostenmodelle ein weiterführender Ansatz sein können, muss sich noch erweisen. Zum anderen geht es darum, dass auch bei einer konsequenten Anwendung des Konnexitätsprinzips und einem vollen Mehrbelastungsausgleich nicht verhindert werden kann, dass die Länder bei den Regelungen zum kommunalen Finanzausgleich entsprechende Anpassungen zulasten der Kommunen und zugunsten der Landeshaushalte vornehmen. Und damit ist die übergreifende Frage nach der angemessenen Finanzausstattung der Kommunen angesprochen, die im Ergebnis dann doch nicht (allein) von einer besseren Wirksamkeit des Konnexitätsprinzips abhängt.

### Weitere Informationen:

Privatdozent Dr. Arno Bunzel  
Telefon: 030/39001-238  
E-Mail: bunzel@difu.de

### Bestellung:

siehe Bestellschein

# Nachhaltige Mobilität – Kommunen trauen sich was

Unter dem Motto „Nachhaltige Mobilität – Kommunen trauen sich was“ fand am 24. und 25. Januar 2011 die dritte Fachtagung der vom Umweltbundesamt und Deutschem Institut für Urbanistik veranstalteten Reihe „kommunal mobil“ statt. Die Veranstaltungsreihe „kommunal mobil“ hat das Ziel, gute Ideen für eine nachhaltige Mobilität in der Stadt bekannt zu machen und den Kommunen ein Forum zu bieten, ihre stadt- und verkehrsplanerischen Lösungen vorzustellen, sie zu diskutieren und Anregungen mitzunehmen. Mit 15 Vorträgen und rund 50 Diskussionsbeiträgen wurde von dieser Möglichkeit reger Gebrauch gemacht. Den angenehmen Rahmen dafür boten das mit hohem ökologisch-energetischen Anspruch konzipierte moderne Dienstgebäude des Umweltbundesamtes in Dessau-Roßlau für die Fachtagung sowie das Bauhaus für die Abendveranstaltung.

## Herausforderung nachhaltige Mobilität

Im Fokus der Veranstaltungsreihe „kommunal mobil“ steht die nachhaltige Mobilität. Es sind insbesondere die Städte, in denen sich die positiven und negativen Folgen der gelebten Mobilität zeigen. Nach wie vor zu hohe Emissionen schädlicher Klimagase und Luftverschmutzung kennzeichnen den städtischen Verkehr und beeinträchtigen die Lebensqualität in der Stadt. Dies setzt jedoch auch Kreativität frei, neue Wege zu gehen – sich etwas zu trauen. Daher wurde dies auch zum Motto der Tagung genommen und den Chancen nachgespürt, die eine ressourcenschonende und klimaverträgliche Mobilität im Hinblick auf eine Neuentdeckung städtischer Lebensqualität bietet. Ein besonderes Kennzeichen der Reihe „kommunal mobil“ ist die Verknüpfung von Wissenschaft und Praxis.

## Beispiele für die gute Umsetzung nachhaltiger Mobilität

Als mutige städtische Konzepte wurden unter anderem die Klimaschutzstrategie in Tübingen („Tübingen macht blau“), das Heilbronner Stadtbahnkonzept und die Radverkehrskampagne in Nürnberg („Nürnberg steigt auf“) vorgestellt. Von wissenschaftlicher Seite wurde auf die abnehmende Bindung der Bevölkerung an das Auto und die sich hieraus ergebende Chance hingewiesen, eingefahrene Mobilitätsmuster aktiv zu verändern.

Gute Ideen und Konzepte müssen auch gut kommuniziert werden. Die Umsetzung einer neuen Mobilitätskultur ist nicht zuletzt auch eine kommunikative Herausforderung. Dieses Thema wurde wissenschaftlich am Beispiel der bundesweiten Kampagne „Kopfan: Motor aus“ beleuchtet, die vom Bundesumweltministerium aus Klimaschutzmitteln gefördert wurde.

## Ergebnisse der Tagung

Aus den Vorträgen bleibt festzuhalten, dass das zentrale Problem nachhaltiger Mobilität ihre Umsetzung ist. Obwohl die Konzepte bereits seit Mitte der 1990er Jahre bekannt sind, werden sie nur bruchstückhaft umgesetzt und sind zudem stark vom Engagement einzelner Personen abhängig. Dies verdeutlichte das Heilbronner Beispiel als auch die Entwicklung in Salzburg, wo gegen den mitteleuropäischen Trend der Oberleitungsbus nicht nur erhalten blieb, sondern zum Rückgrat des öffentlichen Verkehrs in der Stadt ausgebaut wurde.

Zudem verdeutlichten die Vorträge, dass der öffentliche Verkehr im Verbund mit neuen Qualitäten im Radverkehr – Stichwort Pedelecs und Schnellradwege – ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige Mobilität in der Stadt ist und zur Verbesserung der Lebensqualität beiträgt. Einer sich abzeichnenden Unterfinanzierung des kommunalen Verkehrs gilt es daher entgegenzusteuern. Gleichzeitig sollten neue Planungsinstrumente nicht nur die ökologische und soziale Dimension der Mobilität gleichermaßen berücksichtigen, sondern sich auch auf eine gegenüber heute stärker integrierte Sichtweise von Siedlungs- und Verkehrsentwicklung stützen, um so unmittelbar an den Quellen und Senken des Verkehrs ansetzen zu können.

Informationen zu der letzten Veranstaltung wie auch den beiden vorangegangenen Tagungen stehen auch im Internet bereit unter <http://www.umweltbundesamt.de/verkehr/veranstaltungen.htm>

In der Reihe Difu-Impulse wurde – wie bereits zu den vorherigen Veranstaltungen – der Tagungsband veröffentlicht.



## Weitere Informationen:

Dr. Jürgen Gies  
Telefon: 030/39001-240  
E-Mail: [gies@difu.de](mailto:gies@difu.de)

## Bestellung:

siehe Bestellschein

# Flächen im Netz

## Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen durch E-Government



Im Juli 2011 wurden die Ergebnisse des Projekts „Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen durch E-Government“ (FLITZ – Flächen ins Netz) veröffentlicht. Ziel des im Rahmen des BMBF-Förderschwerpunkts REFINA (Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement) geförderten Vorhabens war die bessere Nutzung und Wiederverwertung von Gewerbeflächen im Bestand. Fallbeispiel im Projekt war die Stadt Gera. Die Ausgangssituation dort entsprach der vieler anderer Städte mit wirtschaftlichen Strukturproblemen wie:

- zurückhaltende Nachfrage nach Gewerbeflächen,
- Vorhandensein ehemals gewerblich genutzter Brachflächen, die meist kurzfristig kaum entwicklungsfähig sind,
- unzureichende Zahl großer zusammenhängender Flächen,
- deutliche lokale/regionale Nachfrage nach „kleinen“ Flächen und Objekten,
- wenige Informationen über untergenutzte Flächen und Immobilien, die eine wichtige Rolle bei der Gewerbeflächenentwicklung spielen können,
- viele potenzielle Anbieter von Gewerbeflächen und -objekten, die nicht aktiv werden,
- zum Zeitpunkt des Projektbeginns keine systematischen Informationen über Flächennachfrage und Flächenangebote sowie keine ausreichenden Informationsschnittstellen zwischen den relevanten Fachdiensten und wenig IT-Unterstützung,
- relevante Flächen sind kaum in den Datenbanken enthalten und im Internet „sichtbar“.

Die Untersuchung zeigte, dass eine erfolgreiche Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen nur durch gutes Zusammenwirken verschiedener Akteure möglich ist. Da diese sich erheblich in ihren jeweiligen Interessen und Handlungsorientierungen, Funktionen, Rollen und Informationsbedürfnissen unterscheiden, ist es notwendig „Win-win-Situationen“ zu erzeugen. Das Projekt belegte, dass dies möglich ist und sowohl städtische Akteure, Immobilienbesitzer, Makler wie auch die Nachfrager von Immobilien von einem zentralen Service profitieren können.

In der Studie wurden auf Basis einer Kommunalumfrage und aus der Analyse einer Vielzahl von Online-Gewerbeimmobilienportalen Schlussfolgerungen für die optimierte Gestaltung und Umsetzung von Immobilienportalen als Teil von IT-gestützten Lösungen für Gewerbeflächenmanagement und -vermarktung abgeleitet. Die wesentlichen Elemente der für Gera entwickelten Gewerbeimmobilienbörse orientieren sich ganz überwiegend an den in der Studie beschriebenen Kriterien für „gute Angebote“. Zusätzlich wurden folgende Features realisiert:

- Online-Erfassungsmöglichkeit durch private Anbieter von Gewerbeimmobilien (Eigentümer und Makler),
- Redaktion und Prüfung der Daten in der Wirtschaftsförderung im Abgleich mit den Daten in Datenbanken der Stadtplanung,
- Erinnerungsfunktion für die Anbieter zur Aktualisierung ihrer Angebote, automatische Löschung veralteter Angebote,
- automatisierte Schnittstelle zu den von den örtlichen Maklern verwendeten Datenbanken (Maklersoftware).

Darüber hinaus bietet die Börse Nutzern weitere Informationen, die bei der Bewertung der Angebote helfen sollen. Dazu zählen das Hinterlegen von Bebauungsplänen, Informationen zu Sanierungs- sowie zu städtischen Entwicklungsgebieten. Das Angebot wurde ausdrücklich daraufhin optimiert, die lokale und regionale Nachfrage nach Gewerbeflächen zu bedienen. Für die Suche ansiedlungswilliger Unternehmen von (weit) außerhalb sind eher große Immobilienportale oder Angebote auf Landesebene geeignet. Zunächst wurde das Immobilienportal als städtisches Angebot konzipiert; eine regionale Erweiterung ist jederzeit möglich. Die bisher als Prototyp realisierte Lösung ist auf andere Städte und Gemeinden übertragbar, da u.a. auf die in Deutschland am stärksten verbreitete Wirtschaftsförderungssoftware KWIS aufgesetzt wird. Auch die organisatorischen und prozessualen Optimierungen haben exemplarischen Charakter. Es wird davon ausgegangen, dass die Einrichtung der Gewerbeimmobilienbörse im Netz dazu führen wird, dass Bestandsflächen in größerem Umfang aktiviert werden können. Der Erfolg hängt wesentlich davon ab, wie intensiv die Börse dauerhaft beworben wird.

### Gewerbeimmobilienbörse im Internet unter:

<http://www.gera.de>

### Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Busso Grabow  
Telefon: 030/39001-248  
E-Mail: [grabow@difu.de](mailto:grabow@difu.de)

### Bestellung:

siehe Bestellschein

# Daten zum Mobilitätsverhalten

## Aufbereitung und Auswertung von Mobilitätskennwerten in Deutschland

In Deutschland existieren mittlerweile mehrere nationale Erhebungen zum Verkehrsverhalten. Das Difu hat eine Übersicht über verschiedene Erhebungen im Personenverkehr wie z.B. „Mobilität in Deutschland 2008“ (MiD), System repräsentativer Verkehrsbefragungen 2008 (SrV), Mobilitätspanel 2008 erstellt. In dieser Veröffentlichung sind Auswertungen zu einigen Verkehrskennwerten enthalten. Neben allgemeinen Kennwerten zum Verkehrsverhalten wie Tagesdistanzen, Modal Split oder Unterwegszeiten lag ein Schwerpunkt auf deren räumlicher Differenzierung. Durch den Vergleich mit früheren Untersuchungen (z.B. MiD 2002) werden Entwicklungstrends aufgezeigt. Im Folgenden sind einige ausgewählte Ergebnisse der Auswertungen zusammengefasst.

Bei der Entwicklung des spezifischen Verkehrsaufkommens (Wegerate) ist besonders bei älteren Menschen eine Steigerung sichtbar (Vgl. MiD 2002 u. 2008). Senioren legen zwar immer noch die wenigsten Wege zurück. In dieser Altersgruppe ist aber die größte Steigerung zwischen 2002 und 2008 zu verzeichnen: von 2,63 auf 3,05 Wege Mo-Fr (+16%). Bei der Betrachtung des Modal Splits fällt auf, dass der Anteil des öffentlichen Personenverkehrs in allen Altersgruppen mit Ausnahme der Personen ab 65 Jahre steigt. Der Radverkehr wird von den 10- bis 17-jährigen mit Radverkehrsanteilen über 20 Prozent dominiert. Seine Verkehrsmittelanteile stiegen in allen Altersgruppen. Besonders auffällig ist der Rückgang des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) bei Erwachsenen zwischen 18 und 29 Jahren. Hier geht der Anteil um über acht Prozent zurück. Die größten Verschiebungen gibt es zwischen MIV und Öffentlichem Verkehr (ÖV). Die bisherigen Auswertungen zeigen deutliche Unterschiede bei der Entwicklung der Wegelängen und Reisezeiten zwischen 2002 und 2008. Insgesamt nahmen sowohl die mittlere Wegelänge als auch die mittlere Wegedauer zu. Die Mediane der Wegelängen sind beim MIV konstant geblieben, während sie bei allen anderen Verkehrsmitteln größer wurden. Besonders beim Radverkehr nahm der Wert um 20 Prozent zu. Das kann ein Zeichen für die Bedeutungszunahme des Fahrrads auch bei längeren Strecken sein. Bei der Betrachtung der nach Zwecken differenzierten Wegelänge nahm diese bei den Einkaufswegen entgegen der allgemeinen Tendenz ab.

### Mediane der Wegelänge differenziert nach Verkehrsmittel

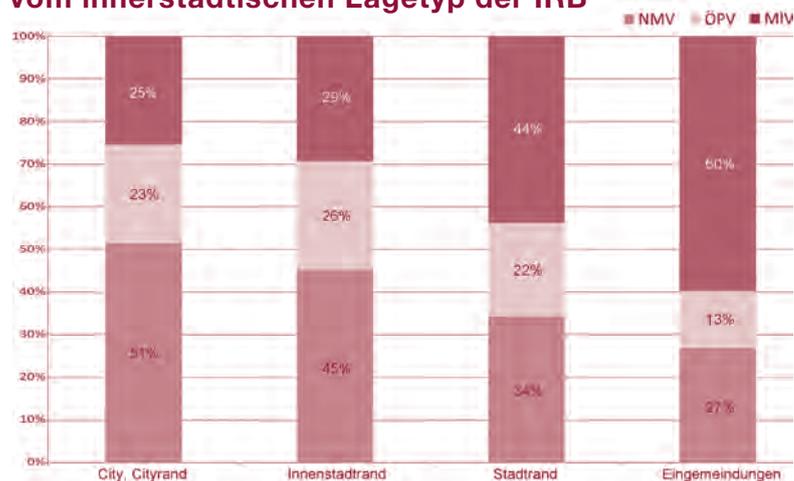
	Fuß	Rad	MIV	ÖV
<b>MiD 2002</b>	0,7 km	1,6 km	5,7 km	7,0 km
<b>MiD 2008</b>	0,8 km	2,0 km	5,7 km	7,2 km

Durch spezielle Aufbereitung der Daten des Systems repräsentativer Verkehrsbefragungen 2008 und eine aufwändige Ergänzung durch Daten der Lagemerkmale der Innerstädtischen Raubeobachtung (IRB) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung konnten Verkehrskennwerte von Stadtlagen erarbeitet werden. Im Ergebnis zeigt sich, dass das spezifische Verkehrsaufkommen vom Stadtzentrum hin zu den Randbezirken kontinuierlich abfällt. Während es in City/Cityrandlagen mit durchschnittlich 3,23 Wegen pro Person und Tag am höchsten ist, fällt es zum Stadtrand/Eingemeindungen auf unter drei Wege pro Personen und Tag ab. Die Kilometer, die pro Tag und Person im Mittel zurückgelegt werden, nehmen trotz sinkendem spezifischen Verkehrsaufkommen von der City bis zu den Eingemeindungen zu. Am Stadtrand werden im Vergleich zum Zentrum weniger, aber viel weitere Wege pro Tag zurückgelegt. Bei der Betrachtung des Modal Split im SrV/IRB-Datensatz zeigen die Auswertungen deutliche Unterschiede bei der Verkehrsmittelwahl in Abhängigkeit vom innerstädtischen Lagetyp. Der MIV-Anteil nimmt vom Zentrum zum Stadtrand hin zu.



**Weitere Informationen:**  
 Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt  
 Telefon: 030/39001-252  
 E-Mail: arndt@difu.de

### Modal Split nach SrV 2008 in Abhängigkeit vom innerstädtischen Lagetyp der IRB



Quelle: Arndt, Difu

Deutsches Institut für Urbanistik



# Klima- und Denkmalschutz

## Neue Veröffentlichung der „Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz“

Die beim Deutschen Institut für Urbanistik angesiedelte und vom Bundesumweltministerium (BMU) geförderte „Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz“ hat es sich unter anderem zur Aufgabe gemacht, themenspezifische Veröffentlichungen herauszugeben, die die Kommunen bei der Initiierung und Durchführung ihrer Klimaschutzprojekte unterstützen sollen. Mit diesen Publikationen werden verschiedene Schwerpunkte bzw. Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes aufgegriffen und konkrete Erfahrungen aus der Praxis unterschiedlicher Kommunen dargestellt.

Die aktuelle Veröffentlichung ist dem Thema „Klimaschutz und Denkmalschutz“ gewidmet und damit zwei Belangen, die durchaus gemeinsame Ziele haben, aber auch in Konkurrenz zueinander stehen können. Anhand von Beispielen aus der kommunalen Praxis werden Möglichkeiten und Hemmnisse energetischer Sanierungen von Baudenkmalern aufgezeigt. Mit den vorliegenden Beiträgen soll einer möglichst großen inhaltlichen Bandbreite Rechnung getragen werden. Zum einen wird die Palette an bautechnischen Möglichkeiten zur energetischen Sanierung eines Denkmals thematisiert: Wärmedämmung, Austausch der Fenster, Sanierung der Beleuchtung etc., auch Gebäudenutzungen, wie Rathäuser, Schulen, soziale Einrichtungen, werden dabei angesprochen. Zum anderen werden aber auch die besondere Problematik von Solaranlagen auf Denkmälern und die Notwendigkeit von Kooperationen zwischen Klimaschutz und Denkmalschutz sowie von fundierten Beratungen für Denkmaleigentümer und Handwerk diskutiert.

Die Autoren aus den Städten Frankfurt am Main, Aschaffenburg, Nürnberg, Fürth und Kassel zeigen in ihren Beiträgen anschaulich und deutlich, dass die Belange von Klima- und Denkmalschutz oftmals vereinbar sind. Konflikte und Probleme können durch ein kooperatives Miteinander von Denkmal- und Klimaschützern konstruktiv angegangen, teilweise gelöst oder zumindest abgeschwächt werden. Gerade der Dialog muss jedoch zwischen Denkmal- und Klimaschützern vielerorts noch auf den Weg gebracht oder intensiviert werden. Ebenso bedarf es einer verbesserten Unterstützung der Mitarbeiter der Unteren Denkmalbehörden und eines verstärkten denkmalbezogenen Problembewusstseins in den Umweltressorts. Die Ausbildung und das Einbeziehen von Fachberatern, die sowohl die denkmalfachliche als auch die bauphysikalische und energietechnische Sicht mitbringen, sind bereits jetzt unerlässlich und müssen in Zukunft weiter vorangetrieben werden. Eine weiterführende Auseinandersetzung mit dem Thema und eine intensivere Verbreitung guter, aber auch kritischer Beispiele können diesen Prozess fördern und sind daher dringend erforderlich. So kann diese Publikation nicht nur einen Beitrag zu einem integrierten Planungsansatz beim Umgang mit energetischen Sanierungen von Denkmälern leisten, sie soll darüber hinaus mit ihren Beispielen aus der Praxis der Kommunen Denkanstöße bieten und Möglichkeiten aufzeigen, wie sie diesem aktuellen und komplexen Thema begegnen können.

Foto: Oliver-Marc Steffen/Fotolia



### Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Vera Völker  
Telefon: 0221/340308-14  
E-Mail: voelker@difu.de

### Bestellung:

siehe Bestellschein

Fotos: Kara/Fotolia

# Zu Fuß die Nähe wiederentdecken

## Das europäische Projekt Active Access

### Die Landkarte im Kopf

Die Stadt der kurzen Wege ist zwar nach wie vor ein Leitbild der Stadtplanung. Aber heute liegen die präferierten Orte der Haushalte für Arbeit, Einkaufen und Freizeit oft weit auseinander – verbunden durch schnelle Straßen und hohe Autoverfügbarkeit. Diese „Mobilitätsmuster der weiten Wege“ sind energieintensiv, irgendwann immer weniger bezahlbar und insgesamt nicht nachhaltig.

Ziel des Projekts „Active Access für kurze Wege“ ist es, ein nachhaltigeres Verhalten über eine veränderte „mental map“ (die Landkarte im Kopf von Entscheidungsträgern, lokalen Meinungsführern und Konsumenten) zu erreichen. Die Wiederentdeckung der Angebote im Nahbereich soll die Gewohnheit der langen Autofahrten ablösen. Aktive Teilhabe (Active Access) bedeutet: körperlich aktive Mobilität – im Sinne von Nahmobilität zu Fuß und mit dem Rad.

### Gegenseitiges Lernen von Kommunen aus ganz Europa

Finanziert aus europäischen Mitteln für Energieeinsparung, aber auch mit dem Fokus auf Gesundheitsförderung und prosperierender lokaler Ökonomie, arbeiten 15 Partner aus zehn europäischen Ländern zusammen. Es sind meist mittelgroße Städte und ländliche Regionen, die mit pfiffigen Aktionen eine Kultur der kurzen Wege verstärken wollen. Deutsche Partner sind die Stadt Stuttgart mit dem globalen Netzwerk „Cities for Mobility“, das sich im Juli 2012 das nächste Mal in Stuttgart trifft, sowie das Difu als fachlicher Begleiter der Partnerstädte.

### In der EU gibt es ein buntes Spektrum von Aktionen

In der französischen Region Hoch-Savoyen um Annecy stehen 72 Schulen im Wettbewerb um den Weg zur Schule ohne „Mama-Taxi“. In Nicosia auf Zypern bildet sich eine Studentengruppe für das Radfahren zur Hochschule – bisher undenkbar auf der Insel. Im portugiesischen Aveiro gehen die Restaurantbesitzer gemeinsam (und freundlich) gegen das Zuparken der Gehwege im Kneipenviertel vor. Im österreichischen Graz machen sich Senioren mit der Elektrounterstützung der Fahrräder (Pedelects) vertraut. In den rumänischen Karpaten demonstriert die Energieagentur von Harghita mit einer Gruppe

im Rollstuhl die Mängel der Schulwege und wirbt in Filmspots für das Wandern statt nur Autofahren am Wochenende. Im kroatischen Koprivnica wird für Herzpatienten der stadthistorische Rundweg als Reha-Maßnahme ärztlich verschrieben und ein entsprechender Spazierwegestadtplan gedruckt. Im estnischen Tartu verbinden geführte Stadtwanderungen an Sportaktionstagen Bewegung mit Verkehrssicherheitsinformation. In Budapest führen Einzelhändler ein simples Sticker-Belohnungssystem zur Würdigung ihrer Fahrradkunden ein ... und ... und ...

Grundlage der stadtteilbezogenen Aktionen ist die Analyse verborgener Stärken und Schwächen im Stadtteil, z.B. über ein Fußgängerqualitäts-Audit. Denn ganz ohne Straßenraumgestaltung geht es auf Dauer nicht. Dabei müssen sichtbare Zeichen der politischen Akzeptanz im Straßenraum – dass Fußgänger und Radfahrer willkommen sind – nicht immer teuer sein (z.B. Querungshilfen, Fahrradwegweisung).

Ein weiterer Effekt der stadtteilbezogenen Zusammenarbeit: gemeinsame Planungsspaziergänge und Radtouren mit guter Laune bilden irgendwann auch aus teilweise rivalisierenden Akteuren vor Ort ein starkes Team für den eigenen Stadtteil.

Das Difu stellt bis 2012 aus der europaweiten Aufbereitung vorbildhafter Aktionen neues Material zur Fuß- und Radverkehrsförderung zusammen. Dieses ist nicht nur für Kommunalpolitik, -verwaltung und lokale Zivilgesellschaft gedacht, sondern auch speziell für Energieagenturen und für Stellen der Gesundheitsförderung. Die Ergebnisse werden sukzessive im Internet verfügbar gemacht unter [www.active-access.eu](http://www.active-access.eu), in deutscher Sprache auch im Fahrradportal [www.nationaler-radverkehrsplan.de](http://www.nationaler-radverkehrsplan.de) und im europäischen Portal [www.eltis.org/](http://www.eltis.org/).

### Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr.

Jörg Thiemann-Linden

Telefon: 030/39001-138

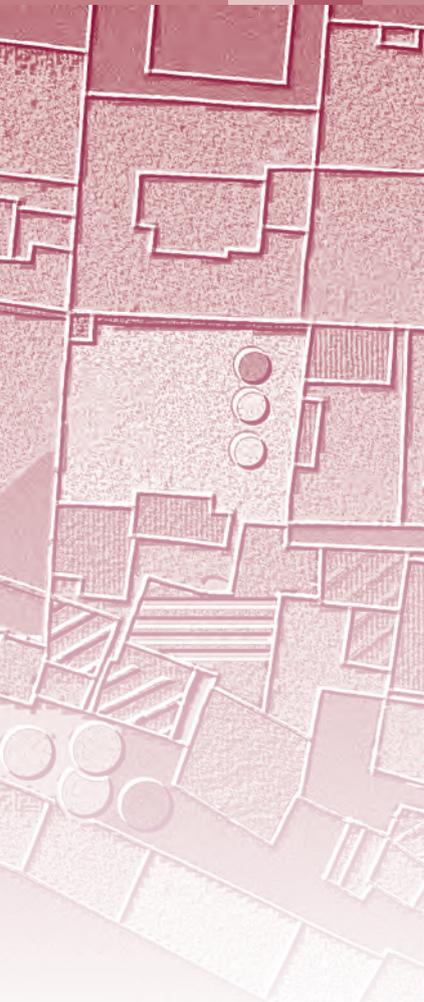
E-Mail:

[thiemann-linden@difu.de](mailto:thiemann-linden@difu.de)

<http://www.nrvp.de/active-access/>



Foto: Active-Access-Konsortium



# Städtebauförderung in der Doppik

## Möglichkeiten, Anforderungen und Konflikte

Mit der Umstellung auf die Doppik wird das über lange Zeit geübte und traditionell stark verankerte öffentliche Rechnungswesen in vielen Städten und Gemeinden in seinem Grundansatz verändert. Betrachtet werden künftig nicht mehr Einnahmen und Ausgaben im kommunalen Haushalt, sondern der durch die Aufgabenwahrnehmung verursachte Ressourcenverbrauch.

Vor dem Hintergrund der schwierigen Situation der öffentlichen Haushalte wird es für Städte und Gemeinden immer wichtiger, ihre Mittel möglichst zielgerichtet einzusetzen. Es geht dabei aber nicht mehr nur darum, die kommunalen Aufgaben möglichst gut zu erfüllen. Neben die inhaltliche Seite ist längst die Frage getreten, wie die Aufgabenwahrnehmung durch die Kommunen langfristig überhaupt noch gewährleistet werden kann.

Die Doppik hat das Potenzial, Kommunen wichtige Steuerungsinformationen für die Stabilisierung ihrer Haushalte zu liefern. Der Umstellungsprozess dauert in vielen Kommunen noch an. Detailprobleme erschweren die Umsetzung. Auch dort, wo bereits das neue kommunale Rechnungswesen eingesetzt wird, müssen noch Erfahrungen gesammelt werden. Der Nutzen des neuen Instrumentariums bleibt in vielen Fällen noch diffus, die Akzeptanz in Politik und Verwaltung muss noch durch praktische Anschauung wachsen.

Am Beispiel der Städtebauförderung wird deutlich, wie fachpolitische und finanzwirtschaftliche Ziele zusammenspielen und welche Bedeutung die Doppik im Kontext mit einer rückläufigen Bereitstellung von Ressourcen haben kann. Die Mittel der Städtebauförderung, einem zentralen Instrument der nachhaltigen Stadtentwicklung, standen auf der Streichliste im Bundeshaushalt. Im Zuge der Haushaltsverhandlungen wurde zwar die ursprünglich geplante starke Reduzierung der Mittel zum Teil zurückgenommen. Vorgeesehen sind für 2011 455 Millionen Euro. Für 2012 ist jedoch nach den Haushaltsplanansätzen ein weiterer Rückgang zu erwarten.

Wie die Fördermittel in der Doppik abzubilden sind und wie die Informationen aus dem Rechnungswesen genutzt werden können, war Gegenstand einer vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) beauftragten Studie.

Das Difu beschrieb dazu den Regelungs- und Umsetzungsstand in Deutschland zur Einführung der Doppik bei den Kommunen. Gemeinsam mit ausgewählten Kommunen wurden Wege gesucht, wie Potenziale des Rechnungswesens durch eine geeignete Ausgestaltung der Förderrichtlinien für einen optimierten Einsatz der Fördermittel genutzt werden könnten.

Für die Kommunen müsste es aufgrund ihrer finanziellen Situation beispielsweise von erheblicher Bedeutung sein, wie sich geförderte Maßnahmen auf die zukünftige Haushaltslage und das kommunale Vermögen auswirken werden. Obwohl die Doppik solche Informationen bereitstellt, spielen diese bei Entscheidungen zum Mitteleinsatz derzeit allerdings noch eine geringe Rolle. Spätestens wenn die Nutzung der Doppik als Informationsbasis zur Routine wird, werden Finanzverantwortliche in den Kommunen diese Aspekte stärker in den Blick nehmen. Zwischen der besten städtebaulichen Lösung und dem haushaltspolitisch optimalen Vorgehen kann es dann zu Zielkonflikten kommen. Ohne weitere Festlegungen würde es von den Prioritäten der jeweiligen Kommune abhängen, ob sie eher der inhaltlichen Zielerreichung oder der Haushaltskonsolidierung den Vorrang gibt.

Die Förderrichtlinien der Städtebauförderung treffen derzeit noch keine Aussagen dazu, wie die städtebaulichen Ziele auf der einen Seite und die finanzwirtschaftlichen Aspekte auf der anderen Seite in einen Zusammenhang gebracht werden können. Bund, Länder und Kommunen sollten deshalb gemeinsam die Ziele der Förderprogramme entsprechend konkretisieren, damit die verschiedenen Aspekte in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt werden.

Die in der Studie aufgezeigten Konflikte zwischen fachlichen und finanzwirtschaftlichen Zielen sind ein generelles Problem. Instrumente und Methoden, die sich im Bereich Städtebauförderung bewähren, könnten die Steuerung der Kommunen insgesamt unterstützen.

**Weitere Informationen:**  
Dipl.-Kfm. (FH)  
Stefan Schneider  
Telefon: 030/39001-261  
E-Mail: schneider@difu.de

# In eigener Sache: Das Difu aus Sicht der Städte

Das Difu hat sich in der ersten Jahreshälfte dem Urteil der Kommunen gestellt. Die leitende Fachebene und die Entscheidungsträger der Städte wurden u.a. nach dem Difu-Image, der Qualität seiner Produkte und Leistungen sowie den Gründen, das Difu als „Zuwanderstadt“ zu unterstützen befragt. Kurz gesagt: Das Ergebnis ist unter dem Strich erfreulich und überstieg die Erwartungen der Institutsbelegschaft.

Was will man mehr? Das Ergebnis könnte Anlass sein, sich auf die Schulter zu klopfen und die Arbeit (nicht nur) für die Kommunen in der gewohnten Qualität und Themenbreite weiterzuführen. Genau damit wollen wir uns beim Difu aber nicht zufrieden geben. Denn die Befragung der Städte und Gemeinden ist ein zentraler Ausgangspunkt für die Entwicklung der Institutsstrategie 2020, die im nächsten Jahr endgültige Gestalt annehmen soll. Das Meinungsbild der Kommunalvertreter zeigt, wo wir uns verbessern können und welche unserer Leistungen noch deutlicher kommuniziert werden müssen – insgesamt: wo in unserer Arbeit noch Luft nach oben ist.

Und – bei allem positiven Grundurteil – hat sich auch Optimierungsbedarf gezeigt: bei der Bekanntheit, den Produkten, der Kommunikation der Leistungen und bei der Themenauswahl. Die Befragung, die von März bis Mai 2011 stattfand und ein repräsentatives Meinungsbild aus Städten und Gemeinden abgibt, war zweigeteilt. Die leitende Fachebene (Amtsleiter, Fachbereichsleiter o.ä. aus ganz unterschiedlichen Ressorts) wurde vom Difu direkt postalisch befragt. Mit „Entscheidern“ aus den Kommunen – (Ober-)Bürgermeister, Dezernenten, Fraktionsvorsitzende – wurden im Auftrag des Difu durch Infratest Dimap telefonische Interviews durchgeführt. Befragt wurden Vertreter aller Städte und Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern sowie aus einer Stichprobe kleinerer Kommunen. Die Antwortbereitschaft waren mehr als zufriedenstellend. An der schriftlichen Umfrage beteiligten sich 568 Fachverantwortliche; damit lagen aus 90 Prozent der befragten Kommunen Antworten vor. Ebenfalls hoch war die Antwortbereitschaft bei Entscheidern: Zwei Drittel der Kontaktierten gaben telefonisch Auskunft über ihre Einschätzungen zum Difu; in jeder zweiten Kommune auch der (Ober-)Bürgermeister selbst. „Zuwanderstädte“ (mehr als 100 Städte, die das Difu

jährlich durch einen freiwilligen Beitrag fördern) wie „Nicht-Zuwanderstädte“ waren fast gleichermaßen in der Umfrage vertreten.

## Ergebnisse und erste Schlussfolgerungen

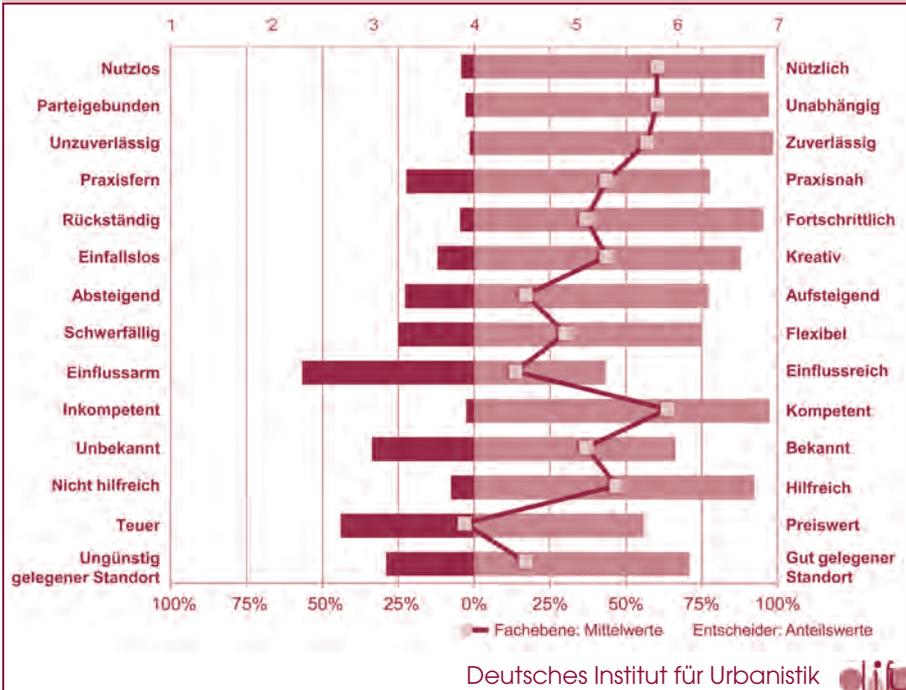
Die Frage „Wie gut kennen Sie persönlich das Difu?“ beantworteten 55 Prozent der (Ober-)Bürgermeister und Dezernenten aus den Zuwanderstädten des Difu mit „gut“ oder „sehr gut“. Der Bekanntheitsgrad bei Gemeinderäten und Fachverantwortlichen ist geringer und sollte auch in Nicht-Zuwanderstädten höher liegen. So gab in den Zuwanderstädten ein Teil der Fachverantwortlichen (20 Prozent) und Entscheider (16 Prozent) an, das Difu nur namentlich oder gar nicht zu kennen. Dies thematisierten wir beim „Ansprechpartnertreffen“ im September – der jährlichen Zusammenkunft der Difu-Ansprechpartner aus den Zuwanderstädten – in dem u.a. vorgeschlagen wurde, Leistungen und Tätigkeiten des Difu intensiver als bisher auch in die Ratsebene zu kommunizieren.

Die Erhebung eines Meinungsbildes zum Image des Difu gibt uns Aufschlüsse darüber, wie die von außen wahrgenommenen Eigenschaften des Instituts mit dem Selbst- und Leitbild des Instituts übereinstimmen. Gefreut haben uns die Eigenschaften, die dem Difu relativ oft zugeschrieben werden: „Kompetenz“, „Nützlichkeit“, „Unabhängigkeit“ und „Zuverlässigkeit“ – bei den Entscheidern auch „Fortschrittlichkeit“. Diese Werte stehen auch für den eigenen Anspruch des Instituts. Zu den Eigenschaften, die mit dem Difu seltener verbunden werden, gehören u.a. „einflussreich“ und „preiswert“. Offensichtlich sollten wir den Einfluss des Difu – etwa bei maßgeblichen Gesetzgebungen/-novellierungen wie auch bei der Ausgestaltung von Förderprogrammen – künftig intensiver herausstellen. Bei der vergleichsweise zurückhaltenden Beurteilung der Standortlage zeigt sich, dass Kritik hier vor allem von Vertretern aus Klein- und Mittelstädten geäußert wird, die oft relativ geringe Ressourcen etwa für Dienstreisen und Fortbildungsmaßnahmen besitzen.

Und noch zu einem letzten Aspekt: Die etwas zurückhaltende Beurteilung der Flexibilität des Instituts ist aufgrund der starken Bindung von Mitarbeitern durch laufende Projekte zu erklären, für uns aber auch Ansporn, an dieser Stelle noch besser zu werden.

**Weitere Informationen:**  
Dr. rer. pol. Busso Grabow  
Telefon: 030/39001-248  
E-Mail: grabow@difu.de

## Eigenschaften des Difu – Fachebene und Entscheider



Sehr erfreulich war die Bewertung von Aussagen, die mit dem Difu verbunden werden. Die Schnittstellenfunktion zwischen Wissenschaft und Praxis wurde von mehr als 90 Prozent der Befragten – egal ob Fachebene oder Entscheider – besonders herausgehoben. Aber auch die gute kommunalwissenschaftliche Grundlagenforschung und die Unterstützung der Arbeit der kommunalen Spitzenverbände wurden häufig als positive Aspekte benannt. Insgesamt wird die Grundidee, die 1973 zur Gründung des Difu führte, nämlich die Schaffung eines Forschungs- und Fortbildungsinstituts als Solidareinrichtung der deutschen

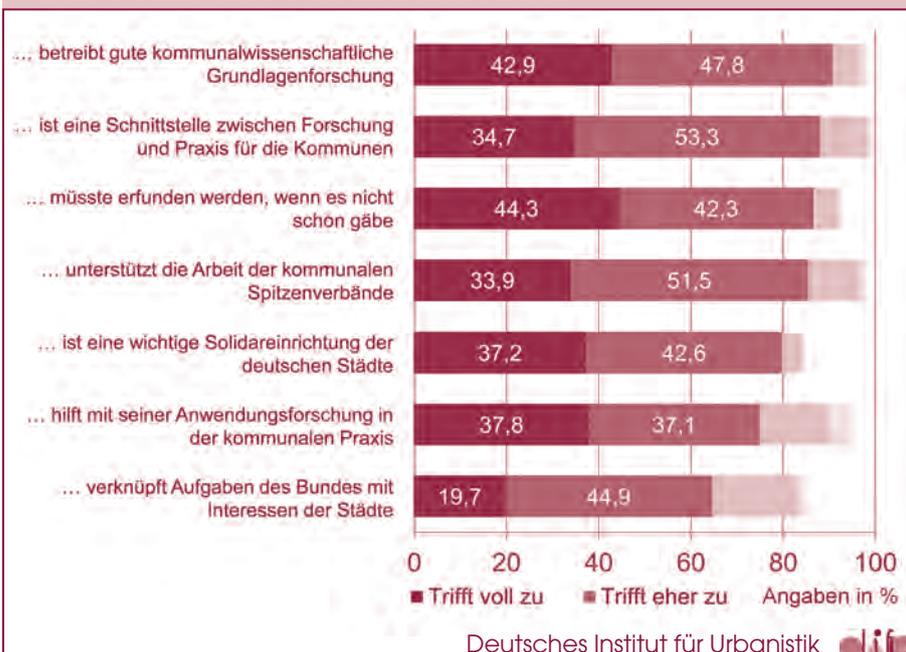
Städte, durch die Befragung bei den kommunalen Entscheidungsträgern bestätigt: „Das Difu müsste erfunden werden, wenn es es nicht schon gäbe.“

Dem entspricht auch die zustimmende Aussage von 84 Prozent aller Entscheider aus den Zuwerderstädten des Instituts, dass – unabhängig vom konkreten Nutzen – das Difu als Solidareinrichtung der deutschen Städte unterstützt werden sollte. Dass der direkte monetäre Vorteil für Zuwerderstädte ausschlaggebend für die Zuwendung an das Difu sei, sahen im Vergleich dazu deutlich weniger kommunale Entscheidungsträger (58 Prozent). Recht häufig bestätigte Argumente waren noch, dass der fachliche Nutzen, den die Arbeit des Difu liefert, für eine Zuwerderstadt hoch sei und dass die Arbeits- und Handlungsmöglichkeiten durch die Arbeit des Difu verbessert würden.

### Wie weiter?

Darüber hinaus liefert die Befragung eine Vielzahl weiterer Erkenntnisse zu den Produkten und Dienstleistungen des Instituts. So zeigt sich, dass vor allem die Difu-Berichte und Veröffentlichungen des Difu von den Befragten oft genutzt und gut bewertet werden. Die besten Qualitätsbewertungen erhalten Difu-Seminare und Veranstaltungen. Die Ergebnisse sind damit Ansporn, einerseits weiter praxisnahe Forschung und Fortbildung in hoher Qualität und nah an den thematischen Interessen der Städte zu betreiben. Manche Ergebnisse geben aber auch deutliche Hinweise, wo wir uns weiter verbessern müssen, etwa in der Ausgestaltung und im Marketing guter Internet- und elektronischer Informationsangebote (z.B. Extranet und E-Mail-Newsletter), aber auch in der Wahrnehmung bestimmter Themen.

## Einschätzung von Difu-Beschreibungen Sicht der Entscheider aus Zuwerderstädten



Intensive Diskussionen über Schlussfolgerungen finden bereits sowohl im Mitarbeiterkreis, als auch mit den Städten – etwa beim Ansprechpartnertreffen – mit den Gesellschaftern des Instituts, dem Verein für Kommunalwissenschaften (VfK), den institutionellen Zuwendern Bund und Land Berlin sowie im wissenschaftlichen Beirat statt. Voraussichtlich im Dezember wird ein Ergebnisbericht in der Reihe „Difu Papers“ veröffentlicht. Ziel ist es, die positiven Rückmeldungen selbstbewusst an eine interessierte Fachöffentlichkeit zu vermitteln aber auch, uns kritischen Rückmeldungen sowie der Diskussion mit den „Kunden“ des Instituts zu stellen.

# Difu untersucht Auswirkungen des BBI-Flughafens auf Kommunen

## Gutachten zu den Auswirkungen des Flughafens Berlin-Brandenburg auf die Entwicklung der Umfeld-Kommunen

Mit der Eröffnung des Flughafens Berlin Brandenburg (BBI) im Jahr 2012 erhält die Hauptstadtregion einen leistungsfähigen Flughafen. Die damit verbundenen Entwicklungsimpulse für Berlin und die umliegenden Gemeinden werden jedoch mit negativen Effekten wie beispielsweise einer stärkeren Lärmbelastung entlang der Flugrouten erkaufte. Im Rahmen einer Studie sollen die Auswirkungen des Flughafens auf die Umfeld-Kommunen abgeschätzt werden. Das Vorhaben baut auf umfangreichen Vorarbeiten auf, die seit 2006 im Rahmen des Dialogforums Airport Berlin-Brandenburg erstellt wurden. Darüber hinaus sollen die planerischen Grundlagen, die z.B. im gemeinsamen Strukturkonzept Flughafenumfeld BBI und dem Planungsatlas FU-BBI von 2008 enthalten sind, sowie die Ergebnisse des Dialogprozesses der Landesregierungen im Jahr 2006 und der darauf aufbauenden

Diskussionsprozesse in den Dialogforen berücksichtigt werden. Mit Hilfe eines zu entwickelnden Indikatorensets sollen positive und negative Effekte des Flughafens in ihrem Ausmaß und ihrer räumlichen Verteilung abgebildet und prognostiziert werden. Ziel der Studie ist es auch, die Grundlage für mögliche Ausgleichsinstrumente zu liefern, mit denen die ungleiche Verteilung von Nutzen und Lasten des Flughafens auf die Umlandgemeinden kompensiert werden können.

Die Studie wird im Auftrag des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg bis Mai 2012 erarbeitet. Hauptauftragnehmer ist dabei die GIB – Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH. Das Deutsche Institut für Urbanistik übernimmt im Rahmen eines Unterauftrages wichtige Leistungsbestandteile.

**Weitere Informationen:**  
Dipl.-Kfm. (FH)  
Stefan Schneider  
Telefon: 030/39001-261  
E-Mail: schneider@difu.de

## Naturschutzrechtlicher Ausgleich bei Konversionsvorhaben

### Gestaltungsspielräume nutzen

Häufig sind Städte um die ursprünglich am Siedlungsrand liegenden Kasernenstandorte im Rahmen der Stadterweiterung herum gewachsen. So bietet Konversion der Standorte nach Aufgabe der ursprünglichen Nutzung die Chance, Stadträume neu zu ordnen und attraktiver zu gestalten. Brachliegende Flächen weisen häufig große Entwicklungspotenziale auf, die wichtige Impulse für die Stadtentwicklung geben können.

So wichtig wie die Entwicklung solcher Flächen für die Städte ist, so komplex sind oft die zu bewältigenden Probleme. Vor allem in Regionen mit eher niedrigem Bodenpreisniveau sind die im Vergleich zur Entwicklung nicht vorgennutzter Flächen oft höheren Entwicklungskosten ein erschwerender Faktor. Allein die Abräumung der Grundstücke, Beseitigung von Altlasten und notwendige Anpassung der vorgefundenen Infrastruktur führen oft bereits zu Mehrkosten im Vergleich

zur Inanspruchnahme „Grüner Wiese“. Daher ist die Entwicklung der Altstandorte zwar aus städtebaulichen Gründen erwünscht, kann aufgrund der Unwirtschaftlichkeit aber nicht weiter betrieben werden.

Den Gemeinden soll im Rahmen eines neuen Projekts anhand von guten Beispielen Gestaltungsspielraum aufgezeigt werden, der in entsprechenden Situationen kumulierender Unwirtschaftlichkeit besteht und bisher oft nicht ausgeschöpft wird. Dabei sollen auch Argumentationshilfen für die Abwägung selbst im Hinblick auf die Zurückstellung der Kompensationserfordernisse gegeben werden.

An dem von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) finanzierten Projekt sind als Kooperationspartner auch der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund beteiligt.

**Weitere Informationen:**  
Privatdozent Dr. Arno Bunzel  
Telefon: 030/39001-238  
E-Mail: bunzel@difu.de

# Erreichbarkeit und nachhaltige Mobilität

## Wie können Städte und Regionen von europäischer Vernetzung profitieren?

Für die wirtschaftliche Entwicklung von Städten und Regionen ist eine gute Verkehrsanbindung und ein leistungsfähiges Straßen- und Schienennetz wichtig. Jedoch sind dort auch nachhaltige Mobilitätskonzepte notwendig, um die negativen Folgen des Verkehrs für Umwelt und Gesundheit in Stadt und Land zu verringern.

In einem neuen Forschungsprojekt untersucht das Difu im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), welche Chancen die europäische Vernetzung Städten und Regionen im Bereich Verkehr und Mobilität bietet. Konkret werden zwölf aktuelle Projekte der transnationalen Zusammenarbeit untersucht, die von der EU im Rahmen des INTERREG B-Programms gefördert werden. In diesen Projekten arbeiten deutsche Verwaltungen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen in staatenübergreifenden Großregionen wie dem Alpen- oder

Ostseeraum mit ihren ausländischen Partnern zusammen.

Dabei geht es beispielsweise um den Erfahrungsaustausch zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, um die Einführung von E-Mobilität in Städten und Regionen oder um Konzepte für transnationale Verkehrskorridore, mit denen Güterverkehr von der Straße auf die Schiene gebracht werden kann. Neben diesen Fallstudien sind ein Erfahrungsaustausch zwischen INTERREG-Beteiligten und ein Themenbericht für Städte und Regionen weitere Projektbausteine.

Den programmatischen Rahmen der Untersuchung bildet die Territoriale Agenda der Europäischen Union, in der sich die Mitgliedstaaten der EU 2007 auf gemeinsame Grundsätze für eine nachhaltige und ausgewogene Raumentwicklung verständigt haben und die erst kürzlich fortgeschrieben wurde.

## Was ist eigentlich Rekommunalisierung?

Einst gehörten regionale Versorgungsbetriebe den Kommunen. In den letzten Jahrzehnten wurden Sozialwohnungen, Bürogebäude und Grundstücke, aber auch Verkehrsbetriebe, Strom- und Wasserwerke sowie die Müllabfuhr in vielen Fällen ganz oder teilweise an private Unternehmen verkauft. Hiervon verspricht sich die öffentliche Hand nicht nur Effizienzsteigerungen, sondern auch eine Linderung der öffentlichen Haushaltskrise, Kostensenkungen und eine neue Wahlfreiheit für die Konsumenten durch eine gesteigerte Vielfalt der Anbieter. Vor allem bei der Abfallverwertung, den Krankenhäusern und der Energieversorgung setzten viele Kommunen auf Entstaatlichung. In den letzten zehn Jahren war allerdings eine Trendwende zu beobachten. Die Beispiele verschiedener Städte die ihre Energieversorger wieder zurückerworben haben, zeigen, dass statt voranschreitender Privatisierung eine vermehrte Rückführung des vormals an Dritte verkauften Eigentums in die kommunale Hand stattfindet. Die Gründe für eine solche Rekom-

munalisierung sind vielfältig. Zum einen soll eine Wahrung des kommunalen Einflusses sichergestellt werden. Mit der Privatisierung verloren die Städte auch politischen Einfluss, der Betrieb entzog sich einer Kontrolle der öffentlichen Hand. Dieser soll nun wieder erlangt werden. Zum anderen bieten das Auslaufen vieler Konzessionsverträge und eine damit mögliche Übernahme der Energieversorgungsnetze vielen Kommunen nun einen Anlass zur Rekommunalisierung. Auch der finanzielle Aspekt spielt eine bedeutende Rolle: Die beispielsweise im Stromnetz erwirtschafteten Überschüsse könnten bei einer Rekommunalisierung wieder in die städtischen Kassen fließen und dort für kommunale Investitionen zur Verfügung stehen. Mit der Hoheit über das Netz lässt sich also nicht nur die kommunale Energiepolitik in die Praxis umsetzen, sondern auch Geld verdienen. Darüber hinaus stellt die Rekommunalisierung einen Weg dar, Arbeitsplätze bei Städten und Gemeinden zu erhalten und neue zu schaffen.

**Weitere Informationen:**  
Dipl.-Verw.Wiss.  
Daniel Zwicker-Schwarm  
Telefon: 030/39001-154  
E-Mail:  
zwicker-schwarm@difu.de



# Difu-Ansprechpartnertreffen 2011

## Städtevertreter trafen sich zu ihrem Jahrestreffen in der Stadt Mannheim

Am 8. und 9. September trafen sich im „Musikpark Mannheim“ auf Einladung der Stadt die Difu-Kontaktpartner aus dem gesamten Bundesgebiet. Das Treffen dient der Fortbildung zu kommunalrelevanten Themen sowie dem Erfahrungs- und Meinungsaustausch zwischen den Städten und dem Difu sowie unter den Städtevertretern.

In diesem Jahr hatte das Treffen einen besonderen Schwerpunkt: Nachdem Dr. Busso Grabow die Ergebnisse einer Befragung von Städtevertretern aus Verwaltung und Politik (s.S. 11f) vorgestellt hatte, wurden die Difu-Kontaktpartner aus den Städten in die Diskussion einbezogen, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. So ging es in Workshops und an Themen-Tischen ausschließlich um die Difu-Arbeit für die Städte – denn nur wenn das Institut die Bedürfnisse der Städte genau kennt, kann es Wünsche aufgreifen, können die Leistungen, die es für sie anbietet, höchstmöglichen Nutzen bringen.

Difu-Institutsleiter Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann moderierte die Veranstaltung und informierte unter dem Titel „Das Difu im Wandel – Rahmenbedingungen, Neuausrichtung, Institutsstrategie“ über neue Entwicklungen am Institut. Der Erste Bürgermeister der Stadt Mannheim, Christian Specht, der auch dem Wissenschaftlichen Beirat des Difu angehört, wies in seiner Begrüßung auf die Einzigartigkeit des Difu als Einrichtung hin und betonte mit Hinweis auf das aktuelle Fortbildungsprogramm (s.S. 16f), dass die Difu-Themen sich am Puls der Zeit orientie-

ren. Wegen der zunehmenden Arbeitsdichte in den Kommunen sei es heute kaum noch möglich, sich mit wissenschaftlichen Themen auseinanderzusetzen. Daher sei das Difu als Vermittler, der in Rücksprache mit den Vertretern aus den Städten Ideen aufgreift und wissenschaftlich aufbereitet, immens wichtig. Im Rahmen seines Vortrages „CHANGE<sup>2</sup> – Wandel im Quadrat“ stellte Specht die strategischen Ziele Mannheims im Netz der Metropolregion Rhein-Neckar vor.

Anschließend wurden in Workshops die „Produkte des Difu“ sowie die „Themen und Themengenerierung beim Difu“ genauer unter die Lupe genommen. Am Folgetag ging es an den Themen-Tischen vorrangig um den Wissenstransfer in die Städte und innerhalb der Städte – mit Blick auf die Rolle der Ansprechpartner. Bei der Diskussion wurden vielfältige Vorschläge gesammelt, die nun in die Arbeit des Difu einfließen werden. Den inhaltlichen Abschluss bildete der interessante Vortrag von Dr. Bettina Reimann „Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger in der Stadtentwicklung nutzen“.

Besondere Highlights bot auch das Begleitprogramm: die durch Christian Specht persönlich kommentierte Stadtrundfahrt in der historischen Bahn, der Abendempfang mit beeindruckendem Blick vom Fernmeldeturm auf die Stadt und nicht zuletzt der „Stadtentwicklungsrundgang“ durch das Quartier „Jungbusch“, in dem sich auch der kreativitätsfördernde Veranstaltungsort „Musikpark Mannheim“ befindet.



Christian Specht, Erster Bürgermeister der Stadt Mannheim, stellte das Projekt „CHANGE<sup>2</sup> – Wandel im Quadrat“ vor.

### Link zur virtuellen Tagungsmappe im Extranet:

Vorträge und Präsentationen sind für Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte abrufbar unter:

<http://www.difu.de/dokument/difu-ansprechpartnertreffen-2011-virtuelle-tagungsmappe.html>

### Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem  
Telefon: 030/39001-209  
E-Mail: [wenke-thiem@difu.de](mailto:wenke-thiem@difu.de)

Vorstellung der Ergebnisse des Workshops „Themen und Themengenerierung“ durch Matthias Böss, Regionalverband Frankfurt/Main



Fotos: Sybille Wenke-Thiem

# Difu-Fortbildungsprogramm 2012

## Forum für Praxis, Wissen und Erfahrungsaustausch

Die Tätigkeit der Beschäftigten in kommunalen Arbeitsfeldern ist durch eine zunehmende Leistungsverdichtung geprägt. Damit steigen die Anforderungen an die Beschäftigten in der kommunalen Praxis weiter an und zugleich der Bedarf an kontinuierlicher und qualifizierter Fortbildung. Seit vielen Jahren bietet das Deutsche Institut für Urbanistik deshalb für unterschiedliche kommunalorientierte Zielgruppen Fortbildungsveranstaltungen zu einer Vielzahl aktueller Themen und für einen praxisnahen Erfahrungsaustausch an.

Auch für das Jahr 2012 enthält das Difu-Veranstaltungsprogramm im Rahmen von Berlin-Seminaren, Regionalseminaren, Fachtagungen, Kongressen sowie kurzfristig ins Programm genommenen Brennpunkt-Seminaren eine interessante und breite Palette kommunalrelevanter Themen, u.a. aus den Aufgabefeldern Stadtentwicklung/Stadtplanung, kommunale Bildungs-, Verkehrs-, Wirtschafts- und Umweltpolitik. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei im nächsten Jahr auf dem Thema „Bürgerbeteiligung“ in unterschiedlichen Facetten. Die meist zweitägigen Veranstaltungen werden zum Teil in Kooperation mit anderen Einrichtungen und in verschiedenen Städten durchgeführt.

Das neue Programmheft enthält die Veranstaltungsplanung für alle oben genannten Bereiche für das Jahr 2012. Die ausführlichen Einzelprogramme sind jeweils ca. drei bis vier Monate vor dem Veranstaltungsdatum im Internet zu finden. Hier sind auch die ausführlichen Veranstaltungsangebote der Fahrradakademie, der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe, der Servicestelle Kommunaler Klimaschutz sowie der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ zu finden.

Mit der Fahrradakademie bietet das Difu kommunalen Akteuren im Bereich der Radverkehrsförderung in Deutschland ein umfassendes Fortbildungsangebot an. Im Rahmen der Fahrradakademie werden ein- und mehrtägige Seminare an unterschiedlichen Standorten in Deutschland sowie Fachexkursionen angeboten.

Die Veranstaltungen der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ) richten sich an leitende Fachkräfte der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe und sollen dem Austausch von Erfahrungen sowie der Bekanntmachung und Erörterung innovativer

Modelle des Verwaltungshandelns bei schwierigen Problemen dienen.

Die Servicestelle Kommunaler Klimaschutz unterstützt kommunale Akteure mit Fachveranstaltungen zu wechselnden Themen, die der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Aspekten des Klimaschutzes dienen und ihnen eine Möglichkeit zum fachlichen Austausch bieten.

Die öffentlichen Abendveranstaltungen der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ wenden sich in erster Linie an die lokale (Fach-) Öffentlichkeit.

Das Difu hat für das Jahr 2012 eine Themenpalette zusammengestellt, bei der für jeden Fortbildungsinteressierten etwas dabei sein dürfte:

### Difu-Fortbildungsprogramm 2012

#### **17. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten**

Fachtagung im 1. Halbjahr 2012

#### **Energiewende und das städtische Energiekonzept von morgen**

Difu-Dialog, 11. Januar 2012, Berlin

#### **Commercial Transport in Urban Areas**

Internationaler Kongress, 6.–7. Februar 2012, Berlin

#### **Graffiti, Randale, Hundekot – Wie aufgeräumt und sicher können Städte sein?**

Difu-Dialog, 15. Februar 2012, Berlin

#### **Gestern Leistungsträger, morgen Hoffnungsträger? Strategien gegen Fachkräftemangel in Kommunalverwaltungen**

Seminar, 27.–28. Februar 2012, Berlin

#### **Ist hier noch ein Platz frei?**

#### **Der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab 2013 – „Traumquote“ oder erfüllbarer Auftrag mit Qualitätsgarantie?**

Fachtagung, 1.–2. März 2012, Berlin

#### **Management nachhaltiger Stadtentwicklung: Von der Vision zur Umsetzung**

Seminar, 12.–13. März 2012, Berlin

#### **Hand in Hand? Chancen und Grenzen quartiersbezogener Bildungskonzepte**

Seminar, 15.–16. März 2012, Berlin

#### **Kommunale Beteiligungskultur: Konsequenzen für die lernende Verwaltung**

Seminar, 19.–20. März 2012, Berlin



### **Neue Strategien für den Radverkehr**

Difu-Dialog, 21. März 2012, Berlin

### **Nutzwerte entfalten: Wirkungsorientierte Steuerung in der Kommunalverwaltung**

Seminar, 22.–23. März 2012 in Berlin

### **Nachhaltiges Wirtschaften in der Stadt: Ein neues kommunales Handlungsfeld?**

Difu-Dialog, 25. April 2012, Berlin

### **Neue Mobilitätsangebote im öffentlichen Straßenraum: Bike-Sharing, Car-Sharing & Co**

Seminar, 7.–8. Mai 2012, Berlin

### **42. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung**

Erfahrungsaustausch, 9.–11. Mai 2012, Berlin

### **Erfolgsfaktoren eines wirksamen Integrationsmonitorings**

Seminar, 10.–11. Mai 2012, Berlin

### **Aktive Quartiere – Konzepte für eine ökonomische Stabilisierung**

Seminar, 15.–16. Mai 2012, Berlin

### **Soziale Wohnraumversorgung – Stand und Perspektiven**

Seminar, 31. Mai–1. Juni 2012, Berlin

### **Attraktiven ÖPNV gestalten unter komplexen rechtlichen Rahmenbedingungen – Welche Handlungsspielräume haben die Aufgabenträger?**

Seminar, 4.–5. Juni 2012, Berlin

### **Städtebaurecht aktuell – Neues aus Rechtsprechung, Gesetzgebung und Planungspraxis?**

Fachtagung, 11.–12. Juni 2012, Berlin

### **Kommunale Wirtschaftsförderung – Wie kann der Standort zukunftsfähig gestaltet werden?**

Seminar, 14.–15. Juni 2012, Berlin

### **Novelliertes Städtebaurecht aus erster Hand**

Juni/Juli 2012 mit Regionalveranstaltungen in Frankfurt, Hamburg, Köln und München

### **Ausbau des Stromnetzes: Chancen und Herausforderungen für Kommunen**

2. Halbjahr 2012, Köln

### **Barrierefreie Mobilität – Straßen und ÖPNV für alle**

Seminar, 3.–4. September 2012, Berlin

### **„Alternde“ Einfamilienhausgebiete Herausforderungen und Perspektiven**

Seminar, 24.–25. September 2012, Berlin

### **Bildung im Rahmen integrierter Stadtentwicklung**

Seminar, 27.–28. September 2012, Berlin

### **Umsetzung kommunaler Verkehrsprojekte: Kommunikation und direkte Bürgerbeteiligung**

Seminar, 15.–16. Oktober 2012, Berlin

### **Kulturinfrastruktur und Kulturförderung zwischen veränderten gesellschaftlichen Anforderungen und knappen Kassen**

Seminar, 22.–23. Oktober 2012, Berlin

### **Vorbeimodernisiert? Wege zur Zukunftsfähigkeit modernisierter Kommunalverwaltungen**

Seminar, 25.–26. Oktober 2012, Berlin

### **Biodiversität in den Städten: Herausforderungen an eine zukunftsfähige Stadtentwicklung**

Seminar, November 2012 in Köln

### **Wege aus dem Abseits! Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit delinquenten Jugendlichen mit Migrationshintergrund**

Seminar, 5.–6. November 2012, Berlin

### **Nutzungsmanagement im öffentlichen Raum – Nutzungskonflikte und ihre Bewältigung**

Seminar, 8.–9. November 2012, Berlin

### **Kosten der kommunalen Infrastruktur – Strukturieren, bewerten, langfristig optimieren**

Seminar, 12.–13. November 2012, Berlin

### **Zensus vorbei – und was jetzt? Mögliche Auswertungsstrategien der Zensus-Daten**

Seminar, 15.–16. November 2012, Berlin

### **Immer in Bewegung: Rahmenbedingungen und aktuelle Probleme der kommunalen Sportpolitik**

Seminar, 26.–27. November 2012, Berlin

### **Einzelhandel in der Stadt – Aktuelle Entwicklungen und Handlungserfordernisse**

Seminar, 29.–30. November 2012, Berlin

### **Facebook, Twitter, Blogs und Co. – Umgang mit neuen Beteiligungsformen**

Seminar, 3.–4. Dezember 2012, Berlin

### **Was bewegen alte Menschen in der Stadt? Was bewegt alte Menschen in der Stadt?**

Seminar, 6.–7. Dezember 2012, Berlin

### **Öffnung der Verwaltung gegenüber Bürgern und Wirtschaft – Neue Herausforderungen für Kommunen**

Seminar, 11.–12. Dezember 2012, Berlin

### **Difu-Fortbildungsprogramm 2012 – stets aktuell im Netz:**

<http://www.difu.de/veranstaltungen>

### **Veranstaltungssekretariat/ Anforderung von Einzelprogrammen:**

Telefon: 030/39001-258/259/148

E-Mail: [fortbildung@difu.de](mailto:fortbildung@difu.de)

Telefax: 030/39001-268

### **Weitere Informationen:**

Dipl.-Soz. Kerstin Landua

Telefon: 030/39001-135

E-Mail: [landua@difu.de](mailto:landua@difu.de)

### **Fachtagungen Jugendhilfe:**

<http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de>

### **Fahrradakademie:**

<http://www.fahrradakademie.de>

### **„Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“:**

<http://www.kommunaler-klimaschutz.de>

### **Termine der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ 2011:**

23. November 2011  
Stadt der kurzen Wege – für alle. Welche Rolle spielt das Fahrrad?

14. Dezember 2011  
Wirtschaftsverkehr – Stör- und Standortfaktor in der Stadt

<http://www.difu.de/veranstaltungen/>

# 41. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung

Gastgeber des 41. Interkommunalen Erfahrungsaustauschs zur Stadterneuerung und Sozialplanung – einer Veranstaltungsserie mit langer Tradition, die im Frühjahr 1973 als Reaktion auf die drängenden kommunalen

Herausforderungen ins Leben gerufen wurde – war im Mai diesen Jahres Gotha.

Die Stadt des „Barocken Universums“, mit ihrer mittelalterlichen Stadtstruktur und dem Barockschloss Friedenstein, ist mit knapp 47 000 Einwohnern die fünftgrößte Stadt Thüringens. Stadterneuerung und Stadt(teil-)entwicklung unterliegen hier Rahmenbedingungen, die – ähnlich wie für viele andere ostdeutsche Klein- und Mittelstädte – insbesondere vom demografischen Wandel und dem damit einhergehenden Veränderungsdruck für den Wohnungsmarkt geprägt sind. Unter dem Leitbild „Residenzstadt Gotha – Leben zwischen Grün und Kultur“ soll dem Bevölkerungsrückgang durch eine nachhaltige Stadtentwicklung und Stadtumbau entgegengewirkt werden.

Rahmen für die Stadtentwicklung in Gotha ist das integrierte „Stadtentwicklungskonzept 2002“, das sich derzeit für einen Planungszeitraum 2010 bis 2025 in Überarbeitung befindet. Besonderes Augenmerk bei der Umsetzung wird auf die Innen-(Projekt „Genial Zentral – unser Haus in der Stadt“) und Innenstadtentwicklung (Initiative „Gotha lebt“) gelegt.

Nicht nur von den sichtbaren Erfolgen dieser Modelle konnten sich die rund 75 teilnehmenden Fachleute überzeugen, sondern auch von der Gastfreundschaft der Stadt Gotha, ihrer Mitarbeiter und ihrer Bewohner. Im Rahmen der thematischen Stadtrundgänge und der informellen Abendveranstaltung gab es viel Raum für fachliche Diskussionen und Austausch.

Neben Besichtigungen und Vorträgen zum gebietsbezogenen Einsatz von Fördermitteln der Programme „Stadtumbau Ost“, „Soziale Stadt“ und „Städtebaulicher Denkmalschutz“, wurden auch einige besondere Projekte, wie beispielsweise der Erhalt kommunaler Infrastruktur in innerstädtischen Lagen (Sanierung des Jugendstil-Stadtbads) im Rahmen der Städtebauförderung und der Rückbau eines innenstadtnahen Stadtteils zu einem Grünzug im Rahmen des Stadtumbaus vorgestellt.



Fotos: Wolf-Christian Strauss

## Terminhinweis:

### 42. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung

9.-11. Mai 2012  
in Saarbrücken

## Weitere Informationen:

Dipl.-Ing.  
Wolf-Christian Strauss  
Telefon: 030/39001-296  
E-Mail: strauss@difu.de

# Urbane Landwirtschaft: Beitrag zur zukunftsfähigen Stadt(entwicklung)?

Fast jeder Beitrag zu aktuellen Projekten städtischer (Frei-)Raumnutzung oder zu innovativen Ansätzen einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung befasst sich mit dem Phänomen des urbanen Gärtnerns und der urbanen Landwirtschaft. Gesprochen wird von Gemeinschaftsgärten, Community Gardens, Jardins Partagés, City Farms, Interkulturellen Gärten, Nachbarschaftsgärten, Bewohnergärten, Krautgärten. Aber auch der klassischen landwirtschaftlichen Produktion in der Stadt wird vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Versorgung mit Nahrungsmitteln und regionalen Wirtschaftskreisläufen eine neue Bedeutung zugesprochen. Vielfältig sind sowohl Projektlandschaft als auch die daran beteiligten Akteure.

In einem Difu-Seminar wurde vor diesem Hintergrund zunächst der Frage nachgegangen, was unter urbaner Landwirtschaft/urbanem Gärtnern zu verstehen ist und inwieweit die darunter gefassten Projekte innovative Ansätze mit Bedeutung und Potenzialen für eine nachhaltige Stadtentwicklung sind. Der Blick richtete sich zudem auf die beteiligten Akteure und die mögliche Rolle der Kommunen.

In den Diskussionen zeigte sich, dass eine inhaltliche Konkretisierung und genaue Definition bzw. Abgrenzung der Begriffe urbanes Gärtnern und urbane Landwirtschaft durchaus strittig und nicht einheitlich erfolgt, eine Begriffsbestimmung somit noch aussteht. Konstatiert wurde auch, dass Konzepte nachhaltiger Stadtentwicklung und des Stadtbauens ebenso wie innovative Landnutzungskonzepte und Modelle zum Umgang mit dem Klimawandel die Stichworte „Urbane Landwirtschaft/urbanes Gärtnern“ aufgreifen. Erhofft werden von den neuen städtischen Landnutzungskonzepten innovative Beiträge zur Stärkung ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit, zur dezentralen Energieversorgung und zum Klimaschutz. Hervorgehoben wird zudem ihr Beitrag zur gesunden Ernährung sowie zur kostengünstigen Bewirtschaftung städtischer Freiflächen und Brachen. Gleichzeitig bieten die Orte urbanen Gärtnerns und urbaner Landwirtschaft Raum für neue Formen zivilgesellschaftlichen Engagements, auch von sozial benachteiligten Menschen.

Als Ergebnisse des Seminars können darüber hinaus folgende Punkte festgehalten werden:

- Zentrale Elemente des urbanen Gärtnerns sind Partizipation, Gemeinschaft, die Aneignung von Flächen sowie politisches Handeln. Die Wiederentdeckung des Erntens im urbanen Alltag wird als Kontrapunkt zur Globalisierung und Mobilität der Stadtgesellschaft verstanden.
- Urbanes Gärtnern ist ein niedrigschwelliger Einstieg in die partizipative Stadtentwicklung. Die Beteiligten wollen sich nicht nur an einem Garten beteiligen, sondern zudem teilhaben an Stadt(teil)entwicklung, sie wollen Nachbarschaften mitgestalten und interessieren sich für Stadt. In diesem Kontext können Projekte des urbanen Gärtnerns allerdings auch zu Konflikten mit Stadtentwicklungsprojekten führen.
- Vor dem Hintergrund möglicher Berührungspunkte von Kleingärtnern und urbanen Gärtnern sollten Allianzen zwischen diesen zwei Nutzergruppen entstehen. Betont wurde, dass es dabei nicht um ein Ineinanderaufgehen beider Gruppen gehen kann. Vielmehr sollten die Unterschiede sichtbar bleiben, aber gemeinsam für notwendige Rahmenbedingungen gestritten werden.
- Neue Formen der stadtnahen Landwirtschaft erfordern seitens der Kommune Kooperation und Kommunikation mit den Landwirten als unverzichtbarer Partner. Die Akzeptanz der Landwirte für kommunale Konzepte und innovative Ansätze ist eine wichtige Voraussetzung für die Stärkung urbaner Landwirtschaft. Zudem ist die Landwirtschaft aber auch selbst Träger von Innovationen.
- Kommunen sollten Urbane Landwirtschaft/Urbanes Gärtnern durch Integration in Stadtentwicklungskonzepte und Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen ressortübergreifend stärker unterstützen. Hervorgehoben wurde auch, dass Kommunen mit ihren eigenen landwirtschaftlichen Betrieben den Wandel zur ökologischen Landwirtschaft unterstützen und als Vorbild auftreten können. Die ökologischen und sozialen Funktionen der städtischen landwirtschaftlichen Betriebe rücken angesichts der zunehmenden Bedeutung einer nachhaltigen und verbraucherorientierten Landwirtschaft und der erhöhten Nachfrage nach regional erzeugten landwirtschaftlichen Produkten immer stärker in den Vordergrund.

## Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Christa Böhme  
Tel: 030/39001-291  
E-Mail: boehme@difu.de

Dr. rer. pol. Stephanie Bock  
Telefon: 030/39001-189  
E-Mail: bock@difu.de

Weitere Hinweise zur Seminardokumentation (im Difu-Extranet) unter:

<http://www.difu.de/dokument/urbane-landwirtschaft-ein-beitrag-zur-zukunftsaehigen.html>



Foto: Stephanie Bock

Nachbarschaftsgarten  
„Ton-Steine-Gärten“ in Berlin-Kreuzberg



Foto: Stephanie Bock

Das Allmende-Kontor auf der Tempelhofer Freiheit, Berlin-Tempelhof

# Zwischen Rekommunalisierung und Privatisierung

## Die geeignete Organisationsform für die kommunale Leistungserbringung finden

### Weitere Informationen:

Dipl.-Sozial-Ökonom/  
Dipl.-Volkswirt  
Jens Libbe  
Telefon: 030/39001-115  
E-Mail: libbe@difu.de

Ass. iur. Stefanie Hanke  
Telefon: 030/39001-157  
E-Mail: hanke@difu.de

Die Form der kommunalen Leistungserbringung differenziert sich weiter aus. Die Situation ist dabei unübersichtlich. Einem Trend zur Rekommunalisierung im Bereich der Stadtwerke stehen weitere Privatisierungsmaßnahmen in anderen Sektoren gegenüber. Zudem wird seit langer Zeit in vielen Bereichen mit andere Kommunen oder privaten Dritten kooperiert.

Organisationspolitische Überlegungen gehören einerseits seit jeher zu den bedeutendsten kommunalpolitischen Herausforderungen, die zu treffenden Entscheidungen sind andererseits schwieriger denn je. Die vielfältigen Handlungsmöglichkeiten, deren Rechtsrahmen und langfristige Folgen für die Stadtentwicklung sowie die öffentliche Aufmerksamkeit machen die ordnungspolitischen Entscheidungen nicht einfacher.

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat daher zum Thema Organisationswahl im März 2011 ein Seminar mit teilweisem Workshop-Charakter durchgeführt. In der Veranstaltung wurden unter anderem die folgenden Fragen erörtert:

Von welchen Prämissen, insbesondere auch langfristigen stadtentwicklungspolitischen, Aspekten, sollten sich Kommunen bei der Organisationswahl leiten lassen?

- Wo verlaufen die rechtlichen Grenzen für die Organisationswahl?
- Welche Organisationsmodelle stehen zur Verfügung und haben sich bewährt?
- Wer sollte Leistungserbringer in welchen Bereichen kommunaler Daseinsvorsorge sein?
- Welche Phasen durchläuft der Entscheidungsprozess und wie sollte die Entscheidungskaskade aufgebaut sein?
- Wer sollte an der Entscheidung zu welchen Zeitpunkten beteiligt werden?

In der Veranstaltung bezog man sich bewusst nicht nur auf einen einzelnen kommunalen Aufgabenbereich, sondern die Organisationsentscheidung wurde ganz grundsätzlich ins Zentrum der Betrachtungen gestellt.

Rechtliche, strategische und demokratietheoretische Aspekte wurden verknüpft und führten zu einem intensiven Erfahrungsaustausch zwischen allen Teilnehmern.

Einvernehmen bestand dahingehend, dass die Vielfalt der Organisationsformen sich in der Praxis bewährt hat und Spiegelbild der unterschiedlichen Anforderungen vor Ort ist. Organisationsentscheidungen sind rechtlich gebunden und überprüfbar (etwa durch die Kommunalaufsicht). Entscheidungsfragen zur Organisationsformenwahl sollten in einer schlüssigen Kaskade und möglichst ressortübergreifend beantwortet werden. Rekommunalisierung ist ein bedeutsamer Trend vor allem im Bereich der Energiewirtschaft, kann aber nicht für alle Bereiche der Kommunalwirtschaft konstatiert werden. Wesentlich bedeutsamer wird in Zukunft die interkommunale Kooperation sein, zumal der Europäische Gerichtshof in seinen jüngeren Entscheidungen mehr Rechtssicherheit gibt. Ein Einfluss des europäischen Gemeinschaftsrechts auf die Rechtsformentscheidungen ist nicht unmittelbar erkennbar, allerdings droht die lokale Demokratie dort geschwächt zu werden, wo Entscheidungen zu eindimensional getroffen werden oder die Komplexität des Vergaberechts die Räte schwächt.

Zur Steuerung öffentlicher Beteiligungen wird es in Zukunft entscheidend darauf ankommen, dass transparente Kennzahlen für ein nachhaltiges Portfoliomanagement zur Verfügung stehen. Kommunen sollten sich dem Public Corporate Governance-Kodex verpflichten und den Informationsbedarfen ihrer Bürger die notwendige Aufmerksamkeit widmen.

# Korruptionsprävention im Rathaus

Immer wieder werden in Gesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik korrupte Verflechtungen aufgedeckt. Sie spiegeln einen dramatischen Bewusstseinswandel in nahezu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wider. Die Gründe dafür sind überaus vielschichtig: Vertrauen, Moral, Verteilungsgerechtigkeit, gesamtgesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale und politische Partizipation sind ebenso relevant wie Ermessensspielräume von Amtsträgern, Möglichkeiten zur Erlangung persönlicher Vorteile und die Entkopplung von Arbeit und Erfolg sowie von Leistung und Einkommen. Rechtstreue scheint als Funktionsprinzip von Gemeinschaften keinen hohen Stellenwert mehr zu haben. Umso wichtiger ist eine wirksame Korruptionsprävention.

Aus diesem Grund führt das Deutsche Institut für Urbanistik mit Beteiligung zahlreicher Experten seit vielen Jahren in regelmäßigen Abständen praxisorientierte Seminare zu diesem Thema mit dem Ziel durch, vor allem Fach- und Führungskräfte aus Kommunalverwaltungen qualifiziert in ihrer verantwortungsvollen Arbeit zu unterstützen und ihnen die Gelegenheit zu geben, untereinander in einen Erfahrungsaustausch zu treten. In der Anfang April dieses Jahres durchgeführten Veranstaltung „Korruptionsprävention im Rathaus“ wurden auf der Grundlage von aktuellen Forschungsergebnissen der Universität Halle-Wittenberg zunächst die Erscheinungsformen, Schwerpunkte und Auswirkungen von Korruption sowie weiterer Formen kriminellen Handels im öffentlichen Sektor dargestellt. Anhand eines konkreten Praxisbeispiels und eines Überblicks über aktuelle Entwicklungen in der Privatwirtschaft wurden anschließend erste Hinweise

gegeben, wie und mit welchen Instrumenten Korruption wirksam bekämpft oder gar verhindert werden kann. Speziellere Fragestellungen behandelten die Beiträge zu den Ansatzpunkten für ein Frühwarnsystem zur Korruptionsprävention im Neuen Kommunalen Haushaltswesen und zum Whistleblowing. Besonderes Augenmerk wurde auch auf die Verantwortung und das Verhalten der Führungskräfte bei der Prävention und Aufdeckung von Korruptionsdelikten sowie auf die Erfolgsfaktoren einer wirksamen Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft gelegt. Schließlich widmete man sich in dem Seminar auch Überlegungen zur Nachhaltigkeit und zum Reformbedarf der Korruptionsprävention.

In den am Seminar beteiligten Städten scheint trotz aller Unterschiede bei der Implementierung wirksamer Verfahren kein Zweifel am Sinn und an der Notwendigkeit der Korruptionsprävention zu bestehen. Die personelle Ausgestaltung der Korruptionsprävention geht allerdings selten über die Benennung eines Anti-Korruptionsbeauftragten hinaus. Weitere Gremien oder Institutionen wie Antikorruptionsräte oder Ombudsleute sind bislang eher die Ausnahme. Die wesentlichen Präventionsinstrumente sind hingegen bekannt, werden zuweilen aber in unterschiedlicher Intensität eingesetzt. Konsens bestand darin, dass die gründliche Analyse der Konfliktpotenziale bereits effiziente Prävention ist und Korruptionsprävention als Prozess verstanden werden muss, um sie in der Verwaltungs- und Führungskultur nachhaltig zu verankern. Das beste Regelwerk gegen Korruption sei das Papier nicht wert, wenn die Führungskultur diese Regeln im Alltag nicht zu leben erlaube.

**Weitere Informationen:**  
Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp  
Telefon: 030/39001-242  
E-Mail: knipp@difu.de



# Handlungsspielräume der Aufgabenträger im ÖPNV

## Herausforderungen und Zukunftsaufgaben

### Weitere Informationen:

Dipl.-Volkswirt Tilman Bracher  
Telefon: 030/39001-260  
E-Mail: bracher@difu.de

Dr. Jürgen Gies  
Telefon: 030/39001-240  
E-Mail: gies@difu.de

### Terminhinweis:

#### Berlin International Conference of Commercial/Goods Transport in Urban Areas

- German Institute of Urban Affairs (Difu)
- Laboratoire d'Economie des Transports (LET)
- POLIS – European Cities and Regions networking for Innovative Transport Solutions

6 and 7 February 2012  
Berlin

[http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/veranstaltungen/12\\_staedt\\_wirtschaftsverkehr.programm\\_de.pdf](http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/veranstaltungen/12_staedt_wirtschaftsverkehr.programm_de.pdf)

Mit der Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs und dem Inkrafttreten des novellierten Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) 1996 wurde die Aufgabenträgerschaft in die deutsche ÖPNV-Welt neu eingeführt – 15 Jahre Erfahrung waren ein guter Anlass, sich mit dem Thema kritisch auseinanderzusetzen. Daher veranstaltete das Difu am 9. und 10. Juni 2011 ein Seminar unter der Überschrift „Ausgaben- und Aufgabenverantwortung in einer Hand – Handlungsspielräume der Aufgabenträger im ÖPNV“.

Während die Handlungsmöglichkeiten der Aufgabenträger im Schienenpersonennahverkehr klar umrissen sind, ist das Kompetenzgeflecht in dem Teil des ÖPNV, der dem Regime des PBefG unterliegt, d.h. bei Bussen, Straßenbahnen und U-Bahnen, deutlich schwieriger und in der alltäglichen Arbeit mit zahlreichen Fallstricken gespickt. Die Akteure bewegen sich in einem Dreiecksverhältnis von Verkehrsunternehmen unterschiedlichster Größe, Genehmigungsbehörde – meist angesiedelt bei den Regierungspräsidien – und kommunalen Aufgabenträgern. Ein vorliegender Novellierungsentwurf für das PBefG zur Anpassung des nationalen Rechts an die seit Ende 2009 gültige europäische Verordnung 1370/2007 schreibt den schwierigen Status quo in die Zukunft fort. Umso wichtiger ist es, Handlungsmöglichkeiten auszuloten und Wege zu zeigen, auf denen sich die allgegenwärtigen Klippen sicher umschiffen lassen.

Bei dem Seminar wurden Hinweise gegeben, wie die Beziehungen zwischen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen gestaltet

werden können, unter anderem auch in finanzieller Hinsicht. Weiterhin wurde der Frage nachgegangen, wie der Aufgabenträger sein Angebotskonzept umsetzen kann. Hierzu wurde beleuchtet, welche Rolle der Nahverkehrsplan spielt – ein Instrument, das zusammen mit der Aufgabenträgerschaft eingeführt wurde.

Eine profunde Kenntnis der rechtlichen Rahmenbedingungen ist jedoch für einen erfolgreichen ÖPNV allein nicht ausreichend. Darüber hinaus gilt es, die Klaviatur der Angebotsstrategien souverän zu beherrschen, um für die jeweilige Nachfrage das passende Angebot bereitzustellen. Zudem muss das Thema Verkehr wieder stärker mit der Siedlungsentwicklung verknüpft werden, weil kompakte Siedlungsstrukturen nicht nur die Flächenneuanspruchnahme eindämmen, sondern auch die Nachfrage im ÖPNV stabilisieren können.

Über dem ÖPNV schwebt allerdings das Damoklesschwert der Finanzierung, dies führte die abschließende Podiumsdiskussion deutlich vor Augen. Es gibt angesichts der momentanen Gegebenheiten keine Zukunftssicherheit, weshalb teilweise die jetzt noch verfügbaren Mittel überhaupt nicht abgerufen werden – mit fatalen Schlussfolgerungen für den zukünftigen Finanzierungsbedarf des ÖPNV. Der Bund beabsichtigt, sich im Rahmen der Entflechtung von Zuständigkeiten aus der Finanzierungsrolle für den ÖPNV zurückzuziehen. Die Kommunen können dies nicht kompensieren. Und auch die Länder sind sich ihrer finanziellen Verantwortung für den kommunalen Verkehr noch nicht hinreichend bewusst. Der öffentliche Verkehr hat seinen Platz in der anstehenden Neuregelung des Bund-Länder-Finanzausgleichs noch nicht gefunden.

Die ernüchternde Abschlussdebatte zu den Finanzierungsproblemen steht im Kontrast zur Bedeutung des ÖPNV. Alle Akteure, die mit dem Thema im politischen Raum zu tun haben, sind aufgerufen, das Thema ÖPNV-Finanzierung intensiv weiterzuverfolgen. Ohne Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen, existieren keine Handlungsspielräume für die Aufgabenträger.



Foto: Claus-Peter Echter

# Erfolgreiche Bestandsentwicklung

## Wirtschaftsförderer trafen sich zum Erfahrungsaustausch

Die Betreuung und Unterstützung der örtlichen Unternehmen gehört zu den klassischen Handlungsfeldern der kommunalen Wirtschaftsförderung. Im Unterschied zu Aktivitäten des Standortmarketings oder der Unternehmensakquisition erfolgt sie oftmals im Hintergrund und – abgesehen von krisenhaften Zuspitzungen, wie drohenden Standortschließungen – meist außerhalb der politischen Wahrnehmung. Angesichts des anhaltenden ökonomischen und technologischen Wandels, aber auch der fortschreitenden Internationalisierung von Wirtschaftsbeziehungen, ergeben sich jedoch laufend neue Anforderungen an die Bestandssicherung und -entwicklung. In einem Difu-Seminar im Juni 2011 diskutierten deshalb rund 60 Fachleute, es waren überwiegend die für Wirtschaftsförderung Zuständigen aus den Rathäusern, über die Anforderungen und Instrumente einer effektiven Bestandspflege.

Im Einführungsvortrag stellte Dr. Stefan Leuninger von der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung die Bandbreite der Handlungsfelder dar, die kommunalen Wirtschaftsförderungen im Umgang mit einheimischen Unternehmen zur Verfügung stehen: Diese reicht von Service- und Beratungsleistungen für Einzelunternehmen, die Förderung der Kommunikation am Wirtschaftsstandort bis hin zu Projekten der Strukturentwicklung. Er plädierte für eine klare strategische Fokussierung der Förderaktivitäten und eine enge Verzahnung dieser Aktivitäten mit integrierten Stadtentwicklungskonzepten.

In Praxisberichten wurden Facetten des Seminarthemas dargestellt: Dortmund hat im Rahmen des „dortmund projects“ für einzelne Branchenfelder (z.B. Informationstechnologien oder Logistik) spezifische Flächenangebote und Infrastrukturen, Netzwerke, Qualifizierungs- und Finanzierungsangebote entwickelt. In Dresden wurde die Verwaltung so umstrukturiert, dass Unternehmen im Wirtschaftsservice alle Behördendienstleistungen weitestgehend aus einer Hand erhalten können. In beiden Kommunen wurden, wie Udo Mager, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Dortmund und Kerstin Zimmermann, zuständige Abteilungsleiterin der Dresdner Wirtschaftsförderung, zu berichten wussten, zu den unternehmensbezogenen Services Leistungsversprechen abgegeben, die mit Indikatoren und Kennzahlen überprüft werden.

Vierorts sind Unternehmen in ausländischem Besitz von großer wirtschaftlicher Bedeutung – dabei treten Investoren aus Schwellenländern wie China immer deutlicher in Erscheinung. Ruth Kampher von der NRW.invest GmbH in Düsseldorf stellte dar, welche Besonderheiten im Umgang mit diesen Unternehmen zu beachten sind und wie kulturelle Unterschiede berücksichtigt werden können.

In drei Arbeitsgruppen wurden weitere Aspekte der Bestandspflege vertieft. Am Beispiel der Esslinger Standortinitiative Neckarwiesen wurden Bedarf und Möglichkeiten für die Entwicklung von bestehenden Gewerbestandorten diskutiert. Während viele Teilnehmer von ähnlichen Problemlagen wussten, sind umfassende Entwicklungskonzepte oder die Einbindung von Unternehmen in Standortgemeinschaften, von der Wirtschaftsförderer Stephan Reichstein berichten konnte, noch relativ selten.

Der Heidelberger Amtsleiter Ulrich Jonas stellte dar, wie das örtliche Handwerk im Hinblick auf das Auftragswesen, die Gewinnung von Nachwuchs- und Fachkräften oder Immobilienbedarf unterstützt werden kann.

Die Entwicklung von Clusterinitiativen und Branchennetzwerken wurde vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Offshore-Windenergie in der Region Bremerhaven vertieft – etwa die Frage, des regionalen Zuschnitts, geeigneter Finanzierungsstrukturen und der Rolle der öffentlichen Hand in solchen Netzwerken. Dabei erläuterte Uwe Kiupel von der Bremerhavener Wirtschaftsförderergesellschaft BIS, wie sich Infrastrukturprojekte und Netzwerkarbeit ergänzen können.

Möglichkeiten und Grenzen quartiersbezogener Ansätze zur Förderung der lokalen Ökonomie schilderte schließlich Dr. Michael Behling von Behling-Consult, Halle/Saale am Beispiel des Leipziger Ostens.

Im Erfahrungsaustausch wurde deutlich, dass es über alle Stadtgrößen und über regionale Zugehörigkeit hinweg eine Reihe gemeinsamer Themen gibt, die als besonders wichtig erachtet werden. Dazu gehören die Fachkräftesicherung, Unternehmensnetzwerke sowie die Einzelhandelsentwicklung.

**Weitere Informationen:**  
Dipl.-Verw.Wiss.  
Daniel Zwicker-Schwarm  
Telefon: 030/39001-154  
E-Mail:  
zwicker-schwarm@difu.de

# Erfolgreiche Erziehung schafft Ordnung in Köpfen und Herzen

## Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Maja Arlt  
Telefon: 030/39001-195  
E-Mail: arlt@difu.de



Fotos: Rita Rabe

Dr. Susanne Heynen,  
Jugendamt Karlsruhe  
Prof. Dr. Christian Schraper,  
Universität Koblenz-Landau (v.l.)



Dr. Peter Büttner,  
Projekt Petra, Schlüchtern



Kerstin Landua,  
AGFJ im Difu, Berlin  
Bruno Pfeifle,  
Jugendamt Stuttgart,  
Prof. Dr. Carola Kuhlmann,  
Evangelische Fachhochschule  
Rheinland-Westfalen-Lippe,  
Bochum (v.l.)

## Wann ist Heimerziehung für Kinder erfolgreich?

Zu diesem nicht neuen, aber vieldiskutierten und -untersuchten Thema veranstaltete die Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik am 19. und 20. Mai 2011 in Berlin eine Tagung, die über 120 interessierte Fachkräfte aus der freien und öffentlichen Jugendhilfe besuchten. Der kurze Bericht stellt einen Ausschnitt der Tagungsinhalte und -ergebnisse vor. Die Tagungsdokumentation kann online bestellt werden: [www.fachtagungen-jugendhilfe.de](http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de).

## Heimerziehung ist erfolgreich, wenn sie zeitgemäß ordnen hilft.

Zu dieser These und auf die Frage „Was ist ein ordentlicher Mensch?“ versprach Prof. Dr. Christian Schraper, Erziehungswissenschaftler der Universität Koblenz-Landau, den Teilnehmern drei Arten von Antwort. Er bezog sich auf Evaluationsstudien der letzten 100 Jahre, aber auch auf aktuelle Untersuchungen:

Die „klassische“ Antwort lautete: „Statt (im Heim) das alte Milieu auszuschließen ... das ‚alte‘ Milieu im Heim wirksam werden lassen. Erst in den dadurch entstehenden realen Konflikt- und Krisensituationen des einzelnen werden seine Schwächen und Schwierigkeiten deutlich.“ Die „moderne“ Antwort war: Ordentlich lebt, wer Autonomie und Sozibilität, Kreativität, Produktivität und Sexualität als Sozialisationsziele erreichen konnte. Die „postmoderne“ Antwort hieß: Ordentlich lebt, wer seinen Lebensweg selbst gestaltet, seine Persönlichkeit entwickelt, seinen sozialen Ort findet und eine eigenverantwortliche, gemeinschaftsfähige Persönlichkeit wird.

## Keine einseitige, sondern eine gemeinsame Perspektive entwickeln!

Vor dem Hintergrund der Pluralisierung und Spezialisierung der Heimerziehung, aber auch des erheblichen biografischen Eingriffs bei den Heimkindern ist eine Schlüsselfrage: Wie findet man die „richtige“ Einrichtung? Die Antwort der öffentlichen Jugendhilfe von Dr. Susanne Heynen, Leiterin des Jugendamtes Karlsruhe, lautete: Ausschlaggebend ist eine „fachlich fundierte, partizipative, kooperative Hilfeplanung“ und zugleich ein ausreichendes, verfügbares Angebot an qualitativ hochwertigen stationären Einrich-

tungen. Die Antwort der freien Jugendhilfe gab Georg-Friedrich Becker, Pädagogischer Leiter in der Evangelischen Jugendhilfe Münsterland gGmbH, Steinfurt: „Aufgabe des freien als auch des öffentlichen Trägers ist es, hierfür die familiäre Problemkonstellation zu erfassen und eine der Problemstellung angemessene, individuelle Perspektive für das Kind zu entwickeln. In diesem Kontext hob Becker wie auch Dr. Heynen die zentrale Bedeutung des Dialogs hervor.“

## Kinder brauchen einen „lebenswerten“ Ort!

Was geschieht mit den Kindern im Heim? Hierzu referierte Dr. Peter Büttner, Geschäftsführer des Projekts Petra GmbH & Co. KG in Schlüchtern. Der Auftrag der Heimerziehung bestehe zum einen darin, das Heim als (ein) Zuhause zu organisieren, an dem sich die Kinder angenommen und verstanden fühlen. Zum anderen hat das Heim als professionelle Organisation den Auftrag, die Probleme der Kinder abzubauen und dafür mit den Herkunftsfamilien zusammenzuarbeiten. Dieser nicht unproblematische, weil teils in sich widersprüchliche Doppelauftrag ist täglich von den Fachkräften einzulösen. Für Dr. Büttner braucht es dafür zuallererst Personen „mit einer hohen Schwingungsfähigkeit“, die die emotionalen Signale der Kinder bemerken und mit ihrer Persönlichkeit „beantworten“ können. Es bedarf u.a. auch einer konzeptionellen und organisatorischen Absicherung, d.h., Zuständigkeiten sowie Verantwortlichkeiten sind zu klären und Zeiträume im Sinne eines „kindgerechten“ Dienstplans zu schaffen.

## „Kinder annehmen und verstehen“ ist der Schlüssel zum Erfolg!

Das ist eine der wichtigsten Botschaften der Tagung. Heimerziehung hat vor allem dann eine Chance, erfolgreich auf die Lebensprozesse junger Menschen einzuwirken, wenn die Kinder verstehen, was mit ihnen geschieht und wenn in Krisen frühzeitig und ausreichend eingegriffen wird, wenn Helfer eine demokratische, solidarische und wertschätzende Haltung den Kindern wie Eltern gegenüber einnehmen und wenn Helfer mehr kooperieren als konkurrieren, denn „ohne Partner läuft Heimerziehung ins Leere“.

# Das stadttechnische Versorgungskonzept von morgen

Städte und Gemeinden sind gefordert, ihren Beitrag zu den energiepolitischen Zielen der Bundesregierung zu leisten. Zwar liegen die großen Erzeugungspotenziale erneuerbarer Energie (EE) in ländlich geprägten Gemeinden und Landkreisen. Aber in urbanen Räumen, als größte Energieverbraucher, ergeben sich erhebliche Energieeinspar- bzw. -effizienzpotenziale. Dies betrifft vor allem den Gebäudebereich, auf den rund 40 Prozent des Endenergieverbrauchs entfallen und ca. ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Zur Reduzierung des Wärmebedarfs um 20 Prozent bis 2020 strebt die Bundesregierung u.a. an, die Sanierungsrate im Gebäudebereich mindestens zu verdoppeln.

Vor diesem Hintergrund diskutierten 20 Experten aus Difu und BBSR die Frage, wie das stadttechnische Versorgungskonzept von morgen aussehen wird. Brisanz erhielt die Diskussion durch die tragischen Ereignisse von Fukushima sowie die bundespolitische Debatte zum Thema Kernenergie. Damit stand ein Ergebnis schon vor Gesprächsbeginn fest: Die Anstrengungen bei Energieeinsparung und -effizienz werden über die des Energiekonzepts der Bundesregierung vom September 2010 hinausgehen müssen.

## **Stadtplanung und Versorger müssen sich auf zunehmend unterschiedliche Entwicklungen einstellen**

Einverständnis bestand darin, dass sich Veränderungen auf die städtische Infrastruktur sowie die Haustechnik auswirken werden. Die große Herausforderung ergibt sich im Siedlungs- und Gebäudebestand. Hier treffen verschiedene Entwicklungen aufeinander: unterschiedliche Energienachfrage, verschiedene Heiz- bzw. Warmwassersysteme, wachsende Zahl kleiner Anlagen zur EE-Erzeugung im urbanen Raum, Gebäudesanierung und dynamische demographische wie wirtschaftsstrukturelle Änderungen.

Zentrale Herausforderung für Stadtplanung und Versorger ist ein zunehmendes Puzzle aus starker Heterogenität von Anlagen und Verbräuchen sowie Einwohnerdichten, der Qualität der Sanierungen sowie der Verteilung sanierter Gebäude im Raum. Ungesteuerte Entwicklungen können besonders in der Wärmeversorgung zu unrentablen Netzen führen, sofern keine dezidierte Abstimmung erfolgt, welche die Dimensionierung oder auch Neuorientierung der Netze mit Blick auf einen steigenden Kältebedarf einschließt.

Ziel muss eine größtmögliche Energieeffizienz sein. Eine verbrauchsnahe Erzeugung spielt ebenso eine Rolle, wie Primärenergie, Anlagentechnik etc. auf die lokalen Bedürfnisse abzustimmen.

## **Stärker integriertes Vorgehen nötig**

Im Gespräch zeigte sich, dass das Thema alle Kommunen betrifft; unabhängig davon, ob diese stark wachsen oder sich im Stadtbau befinden, bezüglich der Fläche oder Bevölkerung groß oder klein sind, ein Wärmenetz vorhanden ist oder nicht. Um finanzielle, energetische und städtebauliche Ineffizienzen zu vermeiden, müssen langfristige Baumaßnahmen im Gebäudebereich wie der technischen Infrastruktur stärker zwischen Planung, Versorgern sowie relevanten Akteuren abgestimmt werden. Immobilien-eigentümer stehen je nach der Wohnungsmarktsituation vor der Frage der Refinanzierbarkeit energetischer Maßnahmen. Als wichtige Planungs- und Handlungsvoraussetzungen wurden klare und verlässliche Aussagen der Politik genannt.

Die Zukunft der städtischen Energieversorgung ist abhängig davon, inwieweit es den Kommunen gelingt, Stadt- und Infrastrukturentwicklung als Ganzes zu betrachten und die Infrastrukturentwicklung als strategische Fragen der Stadtentwicklung zu behandeln. Die planenden Akteure auf Seiten der Kommunen wie der Stadtwerke sind dabei gleichermaßen gefordert. Sie stehen dabei nicht selten im Spagat zwischen den Zielen EE-Erzeugung und Energieeffizienz sowie den Gewinnerwartungen an die Stadtwerke. Integrierte gesamtstädtische Energiekonzepte ermöglichen es, räumliche, wirtschaftliche und energiepolitische Anliegen zu verknüpfen. Drei Aspekte wurden im Gespräch deutlich:

- Künftig sind flexiblere Energieinfrastruktur wie Planungssysteme erforderlich, die auf den Bestand und vor allem die Nutzeransprüche reagieren.
- Es bedarf einer wesentlich intensiveren und breiteren Kommunikation des Themas, seiner Komplexität und der damit verbundenen Chancen.
- Die Zeit zu handeln hängt nicht von weiter steigenden Energiepreisen ab. „Ich möchte mir nicht vorstellen, was wir (in der Kommune) für Energie bezahlen müssten, hätten wir nicht vor Jahren begonnen, Effizienzmaßnahmen umzusetzen“, so ein Vertreter einer Kommune.

## **Weitere Informationen:**

Dipl.-Sozial-Ökonom/  
Dipl.-Volkswirt  
Jens Libbe  
Telefon: 030/39001-115  
E-Mail: libbe@difu.de

Lars Porsche  
Telefon: 0228/99401-2351  
E-Mail: lars.porsche@bbr.bund.de

# Der öffentliche Wassersektor in Deutschland – ineffizient und reformbedürftig?

Der Wassersektor in Deutschland wird in regelmäßigen Abständen als im internationalen Vergleich ineffizient und nicht konkurrenzfähig kritisiert. Auch die kartellrechtliche Kontrolle von Wasserpreisen, die von der (vielfach kritisierten) Rechtsprechung der Zivilgerichte bestätigt wurde, wirft erneut die Frage nach der Struktur und Organisation des Wassersektors auf. Zugleich stellt der Klimawandel und die demographische Entwicklung neue Herausforderungen an die Flexibilität des Wassersektors und seine Fähigkeit, neue technische Optionen zu realisieren.

Vor diesem Hintergrund führte im Rahmen der Hofgeismarer Gespräche zur Gemeingüterwirtschaft die Evangelische Akademie Hofgeismar gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik eine Tagung zum Thema „Der öffentliche Wassersektor in Deutschland – ineffizient und reformbedürftig?“ durch. Dabei wurde deutlich, dass die drei Diskurse nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können. Die Debatte um Wasserpreise wird regelmäßig zu verkürzt geführt. Die kartellrechtliche Kontrolle unter Bezugnahme auf Mittelwerte ist solange wenig aussagekräftig, wie spezifische örtliche Bedingungen nicht ausreichend mit in die Betrachtung einbezogen werden. Sie setzt umgekehrt aber auch den Willen und die Fähigkeit der (kommunalen) Unternehmen voraus, ihre Kostenstellen entsprechend differenziert aufzuschlüsseln. Hier besteht mancherorts noch Verbesserungspotenzial. Insbesondere in den alten Bundesländern würden viele Unternehmen über keine aussagekräftige Kostenrechnung verfügen. Notwendig ist aber auch eine größere Einheitlichkeit im Handeln der Landeskartellbehörden.

Derzeit werden mit dem sogenannten Kostenprüfungsansatz, dem Vergleichsverfahren sowie dem Dialog mit den Versorgern unterschiedliche Strategien durch die Aufsichtsbehörden verfolgt. Ähnliches gilt im Übrigen auch für die Kommunalaufsicht, die je nach Bundesland unterschiedlich sorgfältig agiert. Entscheidend ist mit Blick auf das für die öffentlich-rechtlichen Unternehmen geltende Gebührenrecht, dass die Kommunen auf Kostendeckung achten. Hier wurde von zahlreichen Veranstaltungsteilnehmern ein schleichender Verfall der Infrastruktur aufgrund unzureichender Rückstellungen konstatiert.

Wasserpreise müssen aber auch in Relation zur langfristigen Infrastrukturplanung gesetzt werden. Ein technisches System wie die Wasserversorgung oder die Abwasserentsorgung ist extrem pfadabhängig. Heutige Preise und Gebühren spiegeln letztlich planerische Entscheidungen der Vergangenheit. Insofern ist es sehr wichtig, sich heute zu vergewissern, wie das technische System in Zukunft aussehen wird. Neuartige Sanitärsysteme sowie die engere Kopplung zwischen den Bereichen Abwasser, Abfall und Energieversorgung werden in Zukunft das vorhandene System grundlegender verändern, als dies heute innerhalb der Branche erkannt wird. Als künftiger Standard sei die Trennung von Grau- und Schwarzwasser sowie die Nutzung von Abwärme zu erwarten.

In der Abschlussdiskussion bestand Einvernehmen, dass der Frage der Pfadabhängigkeit bzw. der erforderlichen größeren Flexibilität des Gesamtsystems große Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Dies ist letztlich nicht allein eine technische Frage, sondern auch eine des institutionellen Gefüges der Branche. Die Frage der Organisationsform, ob nun öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich, ob 100 Prozent kommunales Eigentum oder funktionale oder materielle Privatisierung, ist nicht allein ausschlaggebend. Allerdings bieten gerade kommunale Strukturen die Chance, den infrastrukturellen Umbau und die Zusammenführung bisher getrennter Sparten gezielt voranzutreiben und Effizienzpotenziale zu heben.

**Weitere Informationen:**  
Dipl.-Sozial-Ökonom/  
Dipl.-Volkswirt  
Jens Libbe  
Telefon: 030/39001-115  
E-Mail: libbe@difu.de



# Neue Veröffentlichungen im Difu-Inter- und Extranet

Online-Publikationen, Seminardokus, Vorträge

## Veröffentlichungen

### Rekommunalisierung – Eine Bestandsaufnahme

[http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/extranet/publikationen/reihen/difu-papers/2011\\_difu-paper\\_rekommunalisierung\\_0.pdf](http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/extranet/publikationen/reihen/difu-papers/2011_difu-paper_rekommunalisierung_0.pdf)

### Difu-Berichte Heft 3/2011

<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-aktuell>

## Seminardokumentationen

### 41. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung, Gotha

<http://www.difu.de/dokument/41-interkommunaler-erfahrungsaustausch-zur-stadterneuerung.html>

### Kommunale Wirtschaftsförderung: Erfolgreiche Bestandssicherung und -entwicklung!

<http://www.difu.de/dokument/kommunale-wirtschaftsfoerderung-erfolgreiche.html>

### Städtebaurecht aktuell – Neue umweltbezogene Anforderungen?

<http://www.difu.de/dokument/staedtebaurecht-aktuell-neue-umweltbezogene.html>

### Ausgaben- und Aufgabenverantwortung in einer Hand: Handlungsspielräume der Aufgabenträger im ÖPNV

<http://www.difu.de/dokument/ausgaben-und-aufgabenverantwortung-in-einer-hand.html>

### Urbane Landwirtschaft – ein Beitrag zur zukunftsfähigen Stadt(entwicklung)?

<http://www.difu.de/dokument/urbane-landwirtschaft-ein-beitrag-zur-zukunftsfahigen.html>

### Jobcenter von Kommunen und Arbeitsagenturen. Wer sitzt am Steuer?

<http://www.difu.de/dokument/jobcenter-von-kommunen-und-arbeitsagenturen-wer-sitzt-am.html>

## Vorträge

### Bahnflächenentwicklung – vielfältige Optionen, aber ein dornenreicher Weg

Von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann  
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2011-07-07/bahnflaechenentwicklung-vielfaeltige-optionen-aber-ein.html>

### Nationaler Radverkehrsplan – Entwicklungen, Strukturen, Projekte

Von Arne Koerdt  
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2011-06-17/nationaler-radverkehrsplan-entwicklungen-strukturen.html>

### Rückkehr zur Kommune als Gewährleister der Daseinsvorsorge

Von Dr. rer. pol. Busso Grabow  
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2011-05-19/rueckkehr-zur-kommune-als-gewaehrleister-der.html>

### Nachhaltige Mobilität – Kommunen trauen sich was!

Von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann  
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2011-06-09/nachhaltige-mobilitaet-kommunen-trauen-sich-was.html>

### Interkommunale Netzwerke als Lösung für zukünftige Herausforderungen, Demographie, Klima, Mitwirkung

Von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann  
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2011-06-01/interkommunale-netzwerke-als-loesung-fuer-zukuenftige.html>

### Integrierte Stadtentwicklung – Illusion, Hoffnung oder Realität?

Von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann  
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2011-05-27/integrierte-stadtentwicklung-illusion-hoffnung-oder.html>

### 5. Wettbewerb Kommunale Suchtprävention – Wettbewerbsergebnisse im Überblick

Von Christa Böhme  
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2011-06-07/5-wettbewerb-kommunale-suchtpraevention.html>  
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/>



Das Difu in Facebook

Neuigkeiten aus dem Difu gibt es nun auch über Facebook.

Die Difu-Facebook-Seite ist öffentlich zugänglich, also auch ohne eigenen Facebook-Account. Bei Facebook registrierte Nutzer, die den „Gefällt mir“-Button auf der Difu-Facebook-Seite angeklickt haben, erhalten zeitgleich mit der Veröffentlichung aktuelle Infos aus dem Difu als Neuigkeiten auf ihre eigene Facebook-Startseite gepostet: <https://www.facebook.com/pages/Deutsches-Institut-für-Urbanistik-Difu/128799433859996>

#### Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem  
Telefon: 030/39001-209  
E-Mail: [wenke-thiem@difu.de](mailto:wenke-thiem@difu.de)

#### Zugang zum Extranet:

Auf dieser Seite befindet sich eine Auswahl neu erschienener Vorträge, Seminardokumentationen und Veröffentlichungen. Die vollständige Übersicht ist unter [www.difu.de](http://www.difu.de) in den Rubriken „Publikationen“ sowie „Extranet“ zu finden.

Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwanderstädten bzw. -Verbänden haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet: [www.difu.de/extranet/](http://www.difu.de/extranet/)

Links, die ins Extranet führen, sind daher ausschließlich für Difu-Zuwanderer frei zugänglich: <http://www.difu.de/institut/partner/zuwander>

Informationen zum Verfahren: <http://www.difu.de/extranet/infos-zum-difu-extranet/extranet-zugang>

#### Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.  
Telefon: 030/39001-274  
E-Mail: [plagemann@difu.de](mailto:plagemann@difu.de)



Foto: Doris Reichel

## Difu aktiv – Auswahl

**Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann** führte am 20.6. in Berlin den Vorsitz des Preisgerichts für den Bürgerstiftungspreis der Nationalen Stadtentwicklungspolitik des BMVBS. Am 27.6. hielt er auf der vom Verband Region Stuttgart durchgeführten Tagung „Mobilität von morgen – Die Zukunft des Verkehrs in der Region Stuttgart“ den Vortrag „Künftige individuelle Mobilitätsansprüche“. Am 30.6. wurde Beckmann durch Bundesminister Ramsauer für weitere sechs Jahre in den Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung berufen. Klaus J. Beckmann nahm am 5.7. an der Sitzung des Beirates für Raumentwicklung in Berlin teil und hielt am 8.7. im Rahmen des Kundenforums DB Services Immobilien Süd in München den Vortrag „Bahnflächenentwicklung – vielfältige Optionen, aber ein dornenreicher Weg“. Am 13.7. nahm er an der Sitzung des acatech-Netzwerkes „Stadt der Zukunft“ in Stuttgart und am 19.7. am Fachgespräch „Verkehrsprognose 2030“ in Bonn teil. Am 27.7. referierte er in Offenbach auf der von der Stadt sowie der Energie-Region NRW durchgeführten Fachtagung „Kommunale Mobilitätskonzepte“ zum Thema „Mobilitätsanforderungen der Zukunft in den Kommunen.“ „Integrierte Stadt- und Verkehrsentwicklung eine Renaissance? Erfordernisse und Chancen des Elektroverkehrs“ war Titel des Vortrags, den er am 10.9. auf dem Kongress „Lebenswelt Elektromobilität“ in Mannheim hielt.

**Christa Böhme** nahm am 24.8. in Hannover an der gemeinsamen Anhörung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses, des Sozialausschusses und des Migrationsausschusses des Rates der Landeshauptstadt Hannover zum Thema „Kürzung der Städtebaufördermittel durch den Bund“ teil. Am 13.9. hielt sie in Köln auf der 24. Sitzung des beratenden Arbeitskreises der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung für den Kooperationsverbund „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ den Vortrag „5. Bundeswettbewerb Kommunale Suchtprävention, Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen – Wettbewerbsergebnisse im Überblick“.

**Tilman Bracher** moderierte am 30.6. in Berlin auf dem Kongress „Zukunft und Visionen Stadtverkehr im 21. Jahrhundert“ einen Workshop zum Thema „Der Mensch im Mittelpunkt. Vorrang für Rad und Füße“. Darüber hinaus moderierte er am 30.6. die 5. Abschlussrunde des FahrRat Berlin der

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und am 1.7. das Forum „Stadtverkehr im 21. Jahrhundert“ auf der Fachkonferenz der Bundes-SGK „Zukunft Stadt“ in Berlin-Adlershof. Zudem hielt Bracher am 29.7. auf Einladung des „Sachverständigenrats für Umweltfragen in Berlin im Rahmen eines Fachgesprächs ein Referat zu „Lebensqualität durch umweltgerechte Mobilität“. Am 16.9. haben die von Bundesminister Ramsauer berufenen Experten ihre Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Nationalen Radverkehrsplans im BMVBS in Berlin dem Minister übergeben. Die Entwicklung der Empfehlungen erfolgte unter der Moderation der Difu-Mitarbeiter **Wolfgang Aichinger, Tilman Bracher, Arne Koerdt** und **Jörg Thiemann-Linden**.

**PD Dr. Arno Bunzel** war am 27.6. als Sachverständiger zur Anhörung des Bundestagsausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung geladen und berichtete dort über die bisher vorliegenden Erkenntnisse aus dem Planspiel zur Novellierung des Bauplanungsrechts. Am 28.6. wurde Arno Bunzel zum stellvertretenden Vorsitzenden des neu konstituierten Nutzerbeirats der Akademie für Raumordnung und Landesplanung bestellt. Am 19.8. hielt Dr. Bunzel auf einer Tagung des Planungs- und Bauausschusses des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, die in den Räumlichkeiten des Difu stattfand, einen Vortrag zu den künftigen Herausforderungen für deutsche Städte und Gemeinden.

**Dr. Busso Grabow** hat neben der Leitung des forschenden Arbeitsbereichs Wirtschaft und Finanzen ab dem 1.9. auch formal die kaufmännische Leitung des Difu übernommen. Er wird dabei besonders unterstützt von **Petra Devermann** (institutioneller Haushalt) und **Dipl.-Ök. Synke Wenger** (Projekthaushalt). Diese Lösung ist vorläufig und bis zum nächsten Wechsel der Institutsleitung befristet.

**Dr. Holger Floeting** war am 17.8. Podiumsteilnehmer auf der von der Friedrich-Naumann-Stiftung in Berlin durchgeführten Veranstaltung „Ethnische Ökonomien als Wirtschaftsfaktor“.

**Dr. Thomas Franke** erläuterte am 1.7. im Rahmen eines Expertengesprächs des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung seine Thesen zu den Auswirkungen der Mittelkürzungen im Programm Soziale Stadt und beteiligte sich an den Diskussionen über die Bedeutung und

künftigen Gestaltungsmöglichkeiten einer sozialraumorientierten Integrationspolitik.

**Anne Klein-Hitpass** hielt am 27.7. in Offenbach auf der Fachtagung „Kommunale Rahmenbedingungen für neue Mobilitätskonzepte“ den Vortrag „Kommunale Planungsstrategien. Rahmenbedingungen für Mobilitätskonzepte – am Beispiel des Elektroverkehrs.“

**Arne Koerdt** hielt am 7.6. in der Landeshauptstadt Kiel im Rahmen eines Treffens des Interreg IVa-Projekts „Radeln ohne Grenzen“ vor kommunalen Vertretern aus Dänemark und Deutschland einen Vortrag zum Thema „Nationaler Radverkehrsplan – Entwicklungen, Strukturen, Projekte“.

Als Nachfolgerin von **Dr. Gerd Kühn** leitet **Dipl.-Soz. Kerstin Landua**, langjährige Projektleiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe am Difu, seit dem 1.9. zusätzlich den Bereich Fortbildung des Difu.

**Jens Libbe** hat im Rahmen der Hofgeismarer Gespräche zur Gemeingüterwirtschaft am 29.7 einen Vortrag zum Thema „Rekommun-

alisierung als Option – Aktuelle Diskussionslinien“ gehalten. Auf Einladung des Brandenburger Landtages gab Jens Libbe am 8.9. im Rahmen einer Anhörung zum Gesetz zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge eine Einschätzung zum Gesetzentwurf ab.

**Cornelia Rösler** moderierte am 30.6. in der Landeshauptstadt Stuttgart auf dem Kongress für nachhaltiges Bauen und Wohnen, der von der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen e.V. (DGNB) veranstaltet wurde, den Workshop „Fördermittel: Überblick und Chancen“ und stellte dort die „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ vor. Am 2.7. referierte sie in Berlin auf der Fachkonferenz „Zukunft Stadt“ der Bundes-SGK zum Thema „Kommunaler Klimaschutz; Handlungsfelder, Potenziale und Praxisbeispiele“.

Im Rahmen des Kongresses „Urban Mobility and the Social Space Challenge – 5<sup>th</sup> World Congress of the global network Cities for Mobility“ hielt **Jörg Thiemann-Linden** am 4.7. im Stuttgarter Rathaus einen Vortrag über „Arguments in Stakeholder Involvement. Building Political Support to Encourage Cycling“.

## Difu-intern: Abschied

Ende August verlässt mit **Dr. Gerd Kühn** ein langjähriger Mitarbeiter das Difu in den Ruhestand.

Gerd Kühn kam im September 1984 als wissenschaftlicher Mitarbeiter zum Difu. Im Januar 2006 übernahm er bis zu seinem Ausscheiden die Leitung des Arbeitsbereichs Fortbildung. Obwohl der Tätigkeitsschwerpunkt des gebürtigen Erfurters und promovierten Geographen in der Konzipierung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für kommunale Fach- und Führungskräfte lag, setzte er auch immer wieder als Projektleiter und -mitarbeiter bemerkenswerte Akzente. Überaus engagiert widmete er sich der Erarbeitung praxistauglicher Lösungen für eine Vielzahl aktueller kommunaler Probleme und scheute dabei auch nicht vor der Bearbeitung von Themen zurück, die außerhalb seines fachlichen Schwerpunkts lagen.

Sein Hauptinteresse galt Fragen kommunalen Wirtschaftspolitik, deren breites inhaltliches Aufgabenspektrum er in all den Jahren zum Gegenstand zahlreicher Fortbildungsveranstaltungen machte. Als kluger, wortgewandter und feinsinnig moderierender Seminarlei-

ter fand er dadurch in Fachkreisen schnell große Anerkennung. Die wohl größte Aufmerksamkeit als „Seminarist“ wurde ihm durch die im Jahre 2003 begonnene Tagungsreihe zum Thema „Veranstaltungshallen“ zuteil, bei der im zweijährigen Rhythmus auf anerkannt hohem Niveau verschiedene Aspekte eines erfolgreichen Hallenmanagements erörtert werden. Aber auch über die Projektarbeit machte er sich einen Namen. Beispielhaft genannt seien hier seine Untersuchung „Nahversorgung in Großstädten – Entwicklungen, Probleme, Handlungsmöglichkeiten“ und vor allem die „Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren“.

Mit Gerd Kühn verlässt nun ein weiteres „Urgestein“ das Difu. Mit seinem feinen Gespür für die Probleme der Kommunen hat er maßgeblich zum Ansehen des Difu beigetragen. Der Arbeitsbereich Fortbildung verliert zudem einen Kollegen, der sich uneitel, selbstkritisch und überaus diszipliniert den vielfältigen beruflichen Anforderungen stellte und verständnis- und vertrauensvoll die Geschicke des Arbeitsbereichs leitete.



Dr. Gerd Kühn



# Mediennachlese – Auswahl

[...] „Das Projekt Soziale Stadt versucht, die immer weiter fortschreitende Herausbildung homogener benachteiligter Stadtteile zu verhindern“, sagt Geograf Thomas Franke vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. Ziel des Programms sei es, „die physischen Wohn- und Lebensbedingungen, die wirtschaftliche Basis in den benachteiligten Stadtquartieren sowie das Zusammenleben in den betroffenen Quartieren zu stabilisieren und zu verbessern“. Die durch Bund, Land und Kommune finanzierte Initiative versucht, durch städtebauliche Maßnahmen das Image und die Identifikation zu den Quartieren zu stärken, etwa durch den Bau von Sportplätzen und Grünanlagen. Doch häufig sind solche Förderprogramme gegen steigende Mietpreise machtlos. Hinzu kommt noch, dass die staatlichen Zuschüsse kräftig eingedampft wurden. „Ursprünglich hat der Bund das Projekt mit 95 Millionen Euro jährlich gefördert, im laufenden Jahr sind es nur noch 28,5 Millionen Euro“, erklärt Franke. [...] **Berliner Zeitung, 10.9.2011**

[...] Der Werkhof gehört zum Förderprogramm „Soziale Stadt“. Damit wollen Bund, Land und Kommune den zunehmenden Verfall sozial schwieriger Stadtteile und die Ausgrenzung ihrer Bewohner stoppen. Bisher mit Erfolg. [...] [Nun] hat die Bundesregierung die Mittel für das Programm rigoros gekürzt: Von über hundert auf gerade noch 29 Millionen Euro. [...] Eine Entscheidung, die bei den beteiligten Experten auf völliges Unverständnis stößt. Prof. Dr. Klaus J. Beckmann, Institut für Urbanistik: „Es sind Netzwerke entstanden, [die dann innerhalb ganz kurzer Zeit] zerbrechen [...]. [Das] ist eigentlich eine schlechte Investition in die Zukunft. Es bedeutet nämlich kein Sparen, sondern es bedeutet letztlich, dass in der Zukunft größere Investitionen, größere Maßnahmen erforderlich werden.“ [...] Besonders fatal: Die Kürzungen treffen Wohnviertel, die sich inzwischen zu den Kinderstuben der Städte entwickelt haben. [...] **daserste.de/plusminus, 7.9.2011**

Die UNO geht davon aus, dass Mitte dieses Jahrhunderts mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben werden. Wolf-Christian Strauss vom Deutschen Institut für Urbanistik erklärt, [...] welche Probleme auf uns zukommen werden. [...] „In Zukunft haben alle Städte [...] eigentlich generell mit den selben Problemen zu kämpfen. Ein Stichwort ist der demographische Wandel. Wir werden älter, wir werden weniger, und

damit gehen die Themen Zuwanderung und Integration einher. [...] Klimawandel bzw. Klimaanpassung ist eines der großen Themen, die kommen werden. CO<sub>2</sub>-Reduzierung und damit die Frage nach Verkehr und Mobilität. Wie bewegen wir uns in Zukunft? Damit hängt vor allem das Thema Reduzierung von Wegen zusammen. [...] Infrastruktur und Rahmenbedingungen machen es für ältere Menschen vorteilhafter in der Stadt zu wohnen. Sie werden sich auf die Städte konzentrieren: Dort sind die Wege kürzer und die Netzwerke und Dinge, die man braucht, sind einfacher zu realisieren. [...]“ **tschecker.de, 31.8.2011**

[...] „Die großen Marktteilnehmer wollen wieder in die Stadtgebiete“, bestätigt Gerd Kühn, der sich beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) seit Jahren mit Trends im Einzelhandel beschäftigt. Früher wollten Konzerne eher raus - die Flächen in den Innenstädten waren zu klein, vergrößern am Standort ging nicht, so wurde die „Orts-schild-Lage“ außerhalb bewohnter Gebiete attraktiv. „Das war auch optisch gewünscht“, sagt Kühn. „Erst sollte man die Parkplätze sehen, dann den Markt, auch wenn es völlig überdimensioniert war.“ Natürlich sei es eine Illusion zu glauben, dass künftig alle zum Kiezmarkt radeln und Discounter massenweise schließen. Doch Kühn gibt zu bedenken: „Es gibt nach wie vor Kofferraumeinkäufer – aber dafür muss man auch einen Kofferraum haben.“ [...] **taz, 22.8.2011**

[...] [Wie] plant man die Städte der Zukunft? „Man muss in Quartieren denken“, sagen die Experten. [...] „Einfach ein Gebiet ausweisen und bauen lassen, das funktioniert nicht mehr“, erklärt Jens Libbe vom Deutschen Institut für Urbanistik. Die Städteplaner müssen Quartiere genau unter die Lupe nehmen und festlegen, woher die Energie dafür komme. Gebäude müssen entsprechend saniert und umgebaut werden. „Auf freie Dächer und Flächen werden Solar- und Fotovoltaikanlagen aufgebracht“, meint Libbe. Man werde jede Möglichkeit zur Energiegewinnung nutzen. Die Kommunen werden zwar auch in Zukunft noch auf externe Energie angewiesen sein, aber sie werden viel selbst produzieren oder aus direkt umliegenden Regionen beziehen. „Gemüsereste schmeißt man dann nicht einfach weg. Der Müll wird energetisch aufbereitet“, sagt Libbe. Es muss nur richtig geplant werden, damit in den Städten der Zukunft die wichtigsten Probleme gelöst sind. **Südd. Z., 22.7.2011**

[...] [Heute] liegt der Flächenverbrauch [in Deutschland bei täglich] 100 Hektar. Damit wird alle zehn Minuten Neuland in der Größe eines Fußballfeldes für Siedlung und Verkehr versiegelt. [...] „Bisher war es der Erfolg jeglicher Kommunalpolitik, wenn ein neues Baugebiet ausgewiesen werden konnte“, bestätigt Stefanie Bock vom Deutschen Institut für Urbanistik. Sie betreut das Projekt Refina (Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement) des Bundesministeriums für Forschung und Bildung, mit dem Wege zu mehr Flächenaufbereitung untersucht werden. In die Köpfe zu bekommen, dass es ein viel größerer Erfolg sei, auf Brachflächen und Baulücken zu gehen, brauche Zeit, hat Bock beobachtet. [...] **Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 10.7.2011**

[...] Generell beobachten Soziologen und Stadtplaner seit Jahren eine sogenannte Reurbanisierung — vor allem junge Menschen, die für Ausbildung und Studium in die Stadt gezogen sind, wollen dort wohnen bleiben, so das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu). Sie schätzen vor allem die städtische Infrastruktur mit ihren Bildungs- und Kulturangeboten, vielfältige Einkaufsmöglichkeiten und die guten Angebote von Schulen und Kindertagesstätten für den Nachwuchs. Nach Difu-Angaben entscheiden sich immer mehr junge Menschen für die Stadtwohnung mitten im Geschehen und gegen das preiswertere Häuschen mit Gemüsegarten am Stadtrand. **Süddeutsche Zeitung, 1.7.2011**

Unsere Städte befinden sich im Wandel. Viele wachsen wieder, einige schrumpfen. Das stellt den Nahverkehr vor ganz neue Herausforderungen. Jürgen Gies vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) und Experte für den Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) über Lösungsmöglichkeiten und das französische Modell. [...] In Frankreich gibt es eine Nahverkehrsabgabe. [...] Das Geld geht an die jeweilige Kommune, die damit den Nahverkehr bezahlt. [...] Viele französische Städte haben den ÖPNV in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut. [...] [In Deutschland sollte angesichts] einer alternden und in der langfristigen Perspektive schrumpfenden Bevölkerung [...] die weitere Entwicklung der Städte auf die ÖPNV-Achsen fokussiert werden. Ein wirtschaftlich tragfähiger ÖPNV braucht relativ dichte Siedlungsstrukturen. Außerdem brauchen wir eine Renaissance der Nahversorgung, also Lebensmittelläden, kleine Kaufhäuser etc. in den Stadtteilzentren, damit wir zu einer Stadt der kurzen Wege kommen. [...] **vorwärts.de, 24.6.2011**

[...] Neo-Spießer oder Revoluzzer? Es habe schon immer Gärten und sogar Landwirtschaft in den Städten gegeben, sagt Stefanie Bock vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin – nur mit der Verdichtung der Städte verschwand ein Großteil dieser Flächen. Geblieben sind die innerstädtischen Schrebergärten. [...] Es gibt [...] viele typisch deutsche Garten-Traditionen, die Urban Gardening erklären können. Aber es stecke auch explizit Neues hinter dem Phänomen, betont Stefanie Bock: „Die urbanen Gärtner setzen ihr Gärtnern in einen Bezug zur Stadtentwicklung. Sie wollen Stadt und Natur wieder zusammenbringen und teilhaben an der Stadt.“ [...] Das Institut für Urbanistik hat jüngst eine mehrtägige Tagung [zum Thema Urban Gardening] veranstaltet. Dabei wurde prognostiziert, dass das Thema bald auch eines für Stadtpolitiker sein wird – wie umgehen mit dem grünen Wildwuchs mitten in der Stadt? [...] **jadubistdeutschland.wordpress.com, 20.6.2011**

Klaus J. Beckmann: „Nach meinem Verständnis gehört die Stadt dem Bürger. [...] Die Investoren sind sicherlich wichtige Partner. Sie werden in das, was in der Stadt an Vorstellungen besteht, welche Viertel sich wie entwickeln sollen, wo Gewerbegebiete und Einkaufszentren entstehen sollen, eingebunden. Sie dürfen natürlich eigene Ideen einbringen. Aber wenn die den Vorstellungen der Stadtplanung der Bürger entgegenstehen, dann bedarf es einer selbstbewussten Vertretung der Bürgerschaft, eben des Gemeinderates, der sagt, wie er das konkrete Projekt haben will. Und weil die Verwaltung solche Beschlüsse vorbereitet, ist es gut, wenn an deren Spitze ein Oberbürgermeister und ein Baubürgermeister für das langfristige Konzept der Stadtplanung einstehen. [...] Ich plädiere dafür, Bürgermitwirkung ernst zu nehmen, aber letztlich hat der Gemeinderat, insbesondere bei unterschiedlichen Interessen, die Verantwortung für die Gesamtstadt und auch für die „Schwächeren“ zu tragen. [...]“ **Badische Zeitung, INTERVIEW mit Klaus J. Beckmann vom Deutschen Institut für Urbanistik über die Rolle von Investoren für die Stadtplanung, 6.6.2011**

Klassiker: Klimaschutz in Kommunen. Das Handbuch des Deutschen Instituts für Urbanistik von 1997 ist inzwischen ein Standardwerk; es wurde nun grundlegend überarbeitet und erweitert. 516 S. Weitere Informationen, Bezug der Printversion (14 Euro) sowie Onlineversion und kostenloser Download unter [www.leitfaden.kommunaler.klimaschutz.de](http://www.leitfaden.kommunaler.klimaschutz.de).

**Alternative Kommunalpolitik 5/2011**

## Impressum

### Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Deutschen Instituts für Urbanistik

### Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik  
Zimmerstraße 15, 10969 Berlin

### Redaktion

Jessica Kliem (Praktikantin)  
Lisa Rost (Praktikantin)  
Cornelia Schmidt (Red.-Assist.)  
Sören Theussig (Praktikant)  
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

### Layout + DTP

Elke Postler (auch Grafiken auf den Seiten 10, 13, 21, 26, 30);  
Eva Hernández (Titel)

### Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275  
E-Mail: [vertrieb@difu.de](mailto:vertrieb@difu.de)  
Telefon: 030/39001-253

### Redaktionskontakt und Berichtervertreiler

Difu-Pressestelle  
Telefon: 030/39001-208/-209  
Telefax: 030/39001-130  
E-Mail: [presse@difu.de](mailto:presse@difu.de)

### Difu online:

<http://www.difu.de/>  
<https://www.facebook.com/pages/Deutsches-Institut-für-Urbanistik-Difu/128799433859996?sk=wall>  
<http://www.kommunalweb.de>

### Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 37/vierteljährlich

### ISSN

ISSN 1439-6343

### Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit verzichten wir darauf, stets männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

### Druck

P & R Druck, Berlin.  
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

### Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle. Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten: [presse@difu.de](mailto:presse@difu.de). Anschrift s.o.

**Rechnungsadresse:**

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

**Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

**Versandkostenpauschale:** Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei ca. einmal im Monat).

**Edition Difu – Stadt Forschung Praxis****\_\_Expl. Infrastruktur und Stadtentwicklung**

Technische und soziale Infrastrukturen – Herausforderungen und Handlungsoptionen für Infrastruktur- und Stadtplanung  
Von Jens Libbe, Hadia Köhler und Klaus J. Beckmann  
Hrsg. Difu und Wüstenrot Stiftung  
2010. Bd. 10. 496 S., zahlr., auch farb. Abb., Tab., Übers., 26,- Euro, ISBN 978-3-88118-483-0

**Difu-Impulse****\_\_Expl. Daten zum Mobilitätsverhalten in Deutschland**

NEU

Aufbereitung und Auswertung von Mobilitätskennwerten in Deutschland  
Von Wulf-Holger Arndt und Frank Zimmermann  
Bd. 9/2011. Ca. 120 S., Schutzgebühr ca. 18,- Euro  
ISBN 978-3-88118-503-5, in Vorbereitung

**\_\_Expl. Flächen ins Netz (FLITZ)**

NEU

Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen durch E-Government  
Von Busso Grabow u.a.  
Bd. 8/2011. 108 S., Schutzgebühr 18,- Euro  
ISBN 978-3-88118-502-8

**\_\_Expl. „Wer zahlt die Zeche?“**

NEU

Das Konnexitätsprinzip – richtig angewandt  
Dokumentation der Tagung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag am 1. Dezember 2010  
Hrsg. Arno Bunzel und Stefanie Hanke  
Bd. 7/2011. 92 S., Schutzgebühr 15,- Euro  
ISBN 978-3-88118-501-1

**\_\_Expl. Friedhofsentwicklung in Kommunen**

NEU

Stand und Perspektiven  
Von Angela Uttke und Luise Preisler-Holl  
Bd. 6/2011. 142 S., Schutzgebühr 18,- Euro  
ISBN 978-3-88118-500-4

**\_\_Expl. Nachhaltige Mobilität – Kommunen trauen sich was**

Dokumentation der Fachtagung „kommunal mobil“ am 24./25. Januar 2011 in Dessau-Roßlau  
Hrsg. Jürgen Gies  
Bd. 5/2011. 182 S., Schutzgebühr 20,- Euro  
ISBN 978-3-88118-499-1

**\_\_Expl. Finanzierung neu denken – Kommunale Daseinsvorsorge unter dem Einfluss von Haushaltsengpässen und demografischem Wandel**

Das Beispiel der Neuen Bundesländer  
Von S. Schneider, B. Grabow, B. Hollbach-Grömig, J. Libbe  
Bd. 4/2011. 116 S., Schutzgebühr 18,- Euro  
ISBN 978-3-88118-495-3

**\_\_Expl. Kommunales Energiemanagement im Gebäudebestand**

Kongress-Doku (Kommunale Energiebeauftragte)  
Hrsg. Cornelia Rösler  
Bd. 2/2011. 192 S., Schutzgebühr 20,- Euro  
ISBN 978-3-88118-493-9

**\_\_Expl. Demografischer Wandel – Kommunale Erfahrungen und Handlungsansätze**

Von Franciska Frölich v. Bodelschwingh u.a.  
Bd. 5/2010, 92 S., 15,- Euro, ISBN 978-3-88118-491-5

**Difu-Arbeitshilfen****\_\_Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007**

Von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz, M. Geiß  
2011., 2. akt. Aufl., 224 S., Schutzgebühr 35,- Euro  
ISBN 978-3-88118-498-4

**Difu-Papers****\_\_Expl. Rekommunalisierung – Eine Bestandsaufnahme**

Von Jens Libbe, Stefanie Hanke und Maic Verbücheln  
2011. 24 Seiten, Schutzgebühr 5,- Euro

**Sonderveröffentlichungen****\_\_Expl. Schutz für Klima und Denkmal – kommunale Praxisbeispiele zum Klimaschutz bei denkmalgeschützten Gebäuden**

NEU

„Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) (Hrsg.)  
2011. 80 S., vierfarbig, zahlreiche Abbildungen, kostenlos

**\_\_Expl. Klimaschutz in Kommunen**

Praxisleitfaden  
Hrsg. Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)  
2011. Loseblattsammlung im Ordner, 512 S., farbig  
Schutzgebühr 14,40 Euro (innerhalb Deutschlands versandkostenfrei), ISBN 978-3-88118-496-0

**Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe****\_\_Expl. Wann ist Heimerziehung für Kinder erfolgreich?**

NEU

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Difu (Hrsg.)  
2011. Bd. 81, 176 S., 17,- Euro, ISBN 978-3-931418-88-5

**\_\_Expl. Wer steuert die Hilfen zur Erziehung? Die Politik, der ASD, die Interessen der freien Träger, der Kostendruck, die Wirklichkeit ...?**

NEU

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Difu (Hrsg.)  
2011. Bd. 80, 212 S., 17,- Euro, ISBN 978-3-931418-87-8